

## I N H A L T S Ü B E R S I C H T

<b>Band I</b>		<b>Farbe</b>	<b>Seite</b>
<b>I.</b>	<b>Haushaltssatzung</b>		
<b>II.</b>	<b>Vorbericht</b>	lachs	
<b>0.</b>	<b>Statistische Angaben</b>	grün	1
<b>1.</b>	<b>Rechnungsergebnis 2005</b>		2 – 5
<b>2.</b>	<b>Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2006</b>		6 – 9
<b>3.</b>	<b>Aufstellung des Haushaltsplans 2007</b>		
3.1	Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2007 festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen		10 – 11
3.2	Überblick über die wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in den Jahren 2005 - 2010		12
3.3	Übersicht zum Verwaltungshaushalt 2007		
3.3.1	Eckdaten zu Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes		
3.3.1.1	Steuern, allgemeine Zuweisungen	13 – 14	
3.3.1.2	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	14 – 16	
3.3.1.3	Sonstige Finanzeinnahmen	16	
3.3.1.4	Personalausgaben	17	
3.3.1.5	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	17 – 18	
3.3.1.6	Zuweisungen und Zuschüsse	18 – 19	
3.3.1.7	Sonstige Finanzausgaben	19 – 20	
3.4	Übersicht zum Vermögenshaushalt 2007		
3.4.1	Einnahmen des Vermögenshaushaltes	27	
3.4.2	Ausgaben des Vermögenshaushaltes	28 – 29	
3.4.3	Verpflichtungsermächtigungen	29	
3.5	Haushaltswirtschaftliche Belastungen der Stadt aus Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden 2007		
3.5.1	Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen	34 – 36	
3.5.2	Zweckverbände	37 – 38	
<b>4.</b>	<b>Entwicklung des städtischen Vermögens</b>		
4.1	Vermögen kostenrechnender Einrichtungen	39	
4.2	Geldanlagen	40	
4.3	Beteiligungen der Stadt Zwickau	41 – 42	
<b>5.</b>	<b>Kostenrechnende Einrichtungen</b>		43 – 44
<b>6.</b>	<b>Entwicklung der Rücklagen und Schulden</b>		
6.1	Rücklagen	45	
6.2	Entwicklung des Schuldenstandes	46	
6.3	Ausfallbürgschaften	47	
<b>7.</b>	<b>Entwicklung der Nettoinvestitionsrate</b>		48
<b>8.</b>	<b>Vergleich des Haushaltsplans mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm</b>		49

		Farbe	Seite
9.	<b>Entwicklung der Kassenlage</b>		50
10.	<b>Innere Verrechnungen</b>		50 – 53
11.	<b>Übersicht über ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der neuen Stadtteile</b>		54 – 60
12.	<b>Fortschreibung HSK</b>		61 – 66
13.	<b>Finanzielle Auswirkungen der Verwaltungs-/Funktional-/Kreisreform</b>		67
<b>III.</b>	<b>Gesamtplan</b>	hellblau	
1.	Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen		1
2.	Haushaltsquerschnitt		2 – 38
3.	Gruppierungsübersicht		39 – 57
4.	Finanzierungsübersicht		58
<b>IV.</b>	<b>Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes</b>	recycl. weiß	
0	Allgemeine Verwaltung		1 – 25
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		26 – 38
2	Schulen		39 – 57
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege		58 – 76
4	Soziale Angelegenheiten		77 – 125
5	Gesundheit, Sport, Erholung		126 – 149
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr		150 – 163
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung		164 – 182
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen		183 – 193
9	Allgemeine Finanzwirtschaft		194 – 200
	Deckungsringe des Verwaltungshaushaltes	flieder	1 – 35
<b>Band II</b>			
<b>V.</b>	<b>Einzelpläne des Vermögenshaushaltes</b>	recycl. gelb	
0	Allgemeine Verwaltung		1 – 4
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		5 – 12
2	Schulen		13 – 18
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege		19 – 24
4	Soziale Angelegenheiten		25 – 30
5	Gesundheit, Sport, Erholung		31 – 40
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr		41 – 60
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung		61 – 66
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen		67 – 70
9	Allgemeine Finanzwirtschaft		71 – 76
	Deckungsringe des Vermögenshaushaltes	orange	

		<b>Farbe</b>	
<b>VI.</b>	<b>Sammelnachweise – Personalausgaben</b>	recycl. grün	1 – 17
<b>VII.</b>	<b>Stellenplan</b>	gelb	1 – 13
<b>VIII.</b>	<b>Anlagen</b>		
Anlage 1	Finanzplan und Investitionsprogramm	rosa	
Anlage 2	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren fällig werdenden Ausgaben	mittelblau	
Anlage 3	Übersicht über den Stand der Schulden	recycl. hellblau	
Anlage 4	Übersicht über den Stand der Rücklagen	recycl. hellblau	
Anlage 5	Übersicht über die Verwendung der Fraktionsmittel	orange	
Anlage 6	Wirtschaftspläne	recycl. hellgrün	
Anlage 7	Finanzielle Auswirkungen der Verwaltungs-/Funktional-/Kreisreform	lila	

## Statistische Angaben

Fläche: 103,05 km<sup>2</sup>

Bevölkerungsstand nach endgültigen Angaben des Statistischen Landesamtes Kamenz

31.12.	Bevölkerungsstand davon		
	insgesamt	männlich	weiblich
<b>1990</b>	114.632	53.972	60.660
<b>1991</b>	112.565	53.157	59.408
<b>1992</b>	110.583	52.360	58.223
<b>1993</b>	107.988	51.016	56.972
<b>1994</b>	104.921	49.581	55.340
<b>1995</b>	102.563	48.526	54.037
<b>1996</b>	102.752	48.556	54.196
<b>1997</b>	101.130	47.934	53.196
<b>1997 *</b> Gebietsstand 01.01.1999	107.637	51.122	56.515
<b>1998</b>	98.840	46.835	52.005
<b>1998 *</b> Gebietsstand 01.01.1999	105.369	50.025	55.344
<b>1999</b>	104.146	49.513	54.633
<b>2000</b>	103.008	48.983	54.025
<b>2001</b>	101.726	48.457	53.269
<b>2002</b>	100.892	48.206	52.686
<b>2003</b>	99.846	47.774	52.072
<b>2004</b>	98.742	47.229	51.513
<b>2005</b>	97.832	46.868	50.964

Anmerkung: ab 1993 mit Hartmannsdorf  
ab 1996 mit Crossen einschl. Schneppendorf und Rottmannsdorf  
ab 1999 Cainsdorf, Hüttelsgrün, Mosel, Oberrothenbach und Schlunzig

\* Einwohnerzahlen einschließlich der ab 01.01.1999 eingegliederten neuen Stadtteile als Grundlage für die Haushaltsplanung 1999 bzw. 2000.

## 1. Rechnungsergebnis 2005

Der Stadtrat hat am 28.04.2005 die Haushaltssatzung für das Jahr 2005 beschlossen. Für das Haushaltsjahr 2005 konnte wiederum kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Der Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes wies eine Deckungslücke von 9.937 TEUR aus. Nach der ursprünglichen Finanzplanung wurde für das Haushaltsjahr ein Fehlbetrag von 17 Mio. EUR ermittelt. Zudem musste die Deckung des Fehlbetrages aus dem Jahresabschluss 2003 eingeordnet werden, so dass sich insgesamt ein Konsolidierungsbetrag von 31 Mio. EUR für 2005 ergab, wovon 21,5 Mio. EUR planungsseitig wie folgt unterstellt werden konnten:

- Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes im Verwaltungshaushalt: 9,5 Mio. EUR
- Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes im Vermögenshaushalt: 8,5 Mio. EUR
- Aktuelle Veränderungen zur ursprünglichen Finanzplanung führten saldiert zu einer Verbesserung von 3,5 Mio. EUR.

Das Regierungspräsidium konnte in seinem Bescheid vom 27.07.2005 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung mit dem anliegenden Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 im Hinblick auf den gemäß § 72 SächsGemO zu wahren Haushaltsausgleich nicht feststellen. Von einer Beanstandung des Beschlusses des Stadtrates vom 28.04.2005 zur Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan 2005 wurde jedoch abgesehen. Das vom Stadtrat in seiner Sitzung am 24.02.2005 beschlossene Haushaltssicherungskonzept der Stadt Zwickau wurde gem. § 72 Abs. 4 Satz 5 SächsGemO rechtsaufsichtlich genehmigt.

### Ergebnis der Jahresrechnung

#### Verwaltungshaushalt

Mit dem Jahresabschluss 2005 konnte der im Verwaltungshaushalt ausgewiesene Fehlbetrag von 9.937.460 EUR nochmals deutlich um 5.742.299 EUR verbessert werden. Damit schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Soll-Fehlbetrag von 4.195.161 EUR ab. In den Soll-Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 2005 ist die teilweise Deckung des Fehlbetrages aus dem Jahr 2003 in Höhe von 4.442 TEUR enthalten. Dies bedeutet, dass ohne Anteil des Fehlbetrages 2003 im Verwaltungshaushalt des Jahres 2005 ein originärer Ausgleich erreicht werden konnte.

Das Ergebnis der Jahresrechnung im Verwaltungshaushalt umfasst eine Summe von 190.683.481 EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Einnahmesituation der Stadt Zwickau deutlich verbessert. So sind 2005 gegenüber dem Vorjahr erstmalig wieder höhere Gewerbesteuereinnahmen, als im Haushalt veranschlagt, zu verzeichnen. Insgesamt trugen insbesondere nachstehende Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Reduzierung des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt bei:

Mehreinnahmen:	TEUR
• Gewerbesteuer	1.622
• Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.094
• Erstattungen von örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe	509
• Leistungsbeteiligungen von Bund und Land – Hartz IV	305
• Müllgebühren	380
• Konzessionsabgabe	675

**Minderausgaben:**

• Personalausgaben	167
• Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.360
• Zuweisungen und Zuschüsse darunter: Kindertagesstättenprogramm – Vergabe-ABM (728 TEUR)	1.813
• Leistungsbeteiligungen bei einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende (Hartz IV)	627
• Zinsausgaben für Kassenkredite und Erstattungszinsen gem. § 233a AO	369
	4.336

Belastend wirken sich hingegen nachstehende Mindereinnahmen und Mehrausgaben aus:

**Mindereinnahmen:**

	<b>TEUR</b>
• Parkgebühren	405
• Fördermittel von der Bundesanstalt für Arbeit im Zusammenhang mit ABM (Kita-Programm)	690
	1.095

**Mehrausgaben:**

• Leistungsbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (Hartz IV)	1.091
• Gewerbesteuerumlage (aufgrund des höheren Ist-Aufkommens)	1.008
	2.099

**Vermögenshaushalt**

Der Vermögenshaushalt schließt mit einem Rechnungsergebnis von 50.500.944 EUR ab. Damit liegt das Rechnungsergebnis um 8.727.916 EUR unter dem Plan, das sind – 14,74 %.

Der Vermögenshaushalt schließt mit einem Soll-Fehlbetrag von 6.042.777 EUR ab. Der im Vermögenshaushalt entstandene Fehlbetrag ist auf nicht realisierte Vermögensveräußerungen (entsprechend Haushaltskonsolidierungskonzept) zurückzuführen. Ursprünglich sollten Vermögensveräußerungen von 8.500 TEUR realisiert und diese Einnahmen vollständig zur weiteren Deckung des Fehlbetrags 2003 verwendet werden. Mit der Aufstellung des Haushaltplanes 2006 war vorgesehen, die in 2005 nicht realisierten Vermögensveräußerungen gem. HSK in Höhe von 5.472 TEUR im Haushaltsjahr 2006 umzusetzen und zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages 2005 einzusetzen.

In den folgenden Übersichten sind, zusammengefasst nach den Einnahme- u. Ausgabearten der Gruppierungsübersicht, die Ergebnisse und Haushaltsansätze 2005 gegenübergestellt:

Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2005		Rechnungsergebnis 2005		Differenz	
	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen	EUR	%-Anteil an den Gesamteinnahmen		
<b>Verwaltungshaushalt</b>						
<b>1. Einnahmen</b>						
1.1 Gewerbesteuer	21.300.000	11,61	22.921.806	12,02	1.621.806	
1.2 Grundsteuer A + B u. andere Steuern	11.685.000	6,37	11.684.809	6,13	-191	
1.3 Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer	8.308.000	4,53	9.402.460	4,93	1.094.460	
1.4 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	5.885.000	3,21	5.859.962	3,07	-25.038	
1.5 Schlüsselzuweisungen	67.045.000	36,55	66.925.293	35,10	-119.707	
1.6 Allgem. Zuweisung f. übertrag. Aufg.	3.500.000	1,91	3.498.604	1,83	-1.396	
1.7 Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleist. am Arbeitsmarkt	0	0,00	1.314.073	0,69	1.314.073	
1.8 Ausgleich von Sonderlasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach § 11 Abs. 3a	0	0,00	6.779.977	3,56	6.779.977	
1.9 Gebühren u.ä. Entgelte	11.525.330	6,28	11.311.009	5,93	-214.321	
1.10 Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonst. Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen	5.586.970	3,05	5.320.929	2,79	-266.041	
1.11 Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	12.140.840	6,62	11.729.204	6,15	-411.636	
1.12 Zuweisungen u. Zuschüsse für laufende Zwecke	18.409.880	10,04	10.793.258	5,66	-7.616.622	
1.13 Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Heizung u. Unterkunft an Arbeitssuchende	6.184.600	3,37	6.427.538	3,37	242.938	
1.14 Sonstige Finanzeinnahmen darin enthalten Deckung Fehlbetrag des VWH durch Zuführung vom VMH	11.864.280	6,47	16.714.559	8,77	4.850.279	
<b>Summe 1:</b>	<b>183.434.900</b>	<b>100,00</b>	<b>190.683.481</b>	<b>100,00</b>	<b>7.248.581</b>	
<b>2. Ausgaben</b>						
<b>Einnahme- bzw. Ausgabegruppe</b>						
	Haushaltsplan 2005		Rechnungsergebnis 2005		Differenz	
	EUR	%-Anteil an den Gesamtausgaben	EUR	%-Anteil an den Gesamtausgaben		
2.1 Personalausgaben	58.877.390	30,45	58.710.420	30,79	-166.970	
2.2 Sächl. Verwalt.- u. Betriebsaufwand darunter:	59.154.170	30,59	58.100.602	30,47	-1.053.568	
. Unterhalt. d. Grundst. u. baul. Anlag.	2.277.900	1,18	2.346.023	1,23	68.123	
. Geräte, Ausstatt., Ausrüstungen	1.375.310	0,71	982.977	0,52	-392.333	
. Bewirtschaftungskosten	9.339.440	4,83	9.128.747	4,79	-210.693	
. Geschäftsausgaben	2.731.450	1,41	2.345.923	1,23	-385.527	
2.3 Zuweisungen u. Zuschüsse	18.258.340	9,44	17.295.080	9,07	-963.260	
2.4 Leistungen der Sozialhilfe	18.306.090	9,47	17.456.008	9,15	-850.082	
2.5 Zinsausgaben	5.768.960	2,98	5.474.181	2,87	-294.779	
2.6 Gewerbesteuerumlage	1.990.000	1,03	2.997.732	1,57	1.007.732	
2.7 Landeswohlfahrtsumlage	11.486.000	5,94	11.472.597	6,02	-13.403	
2.8 Kulturumlage	2.702.260	1,40	2.702.016	1,42	-244	
2.9 Sonstige Finanzausgaben, einschließlich Deckungsreserve	1.121.000	0,58	896.074	0,47	-224.926	
2.10 Zuführung z. VmH u. Sonderrücklage	15.708.150	8,12	15.578.771	8,17	-129.379	
<b>Summe 2:</b>	<b>193.372.360</b>	<b>100,00</b>	<b>190.683.481</b>	<b>100,00</b>	<b>-2.688.879</b>	

Einnahme- bzw. Ausgabegruppe	Haushaltsplan 2005 EUR	%-Anteil an den Gesamt- einnahmen	Rechnungsergebnis 2005 EUR	%-Anteil an den Gesamt- einnahmen	Differenz EUR
<b>Vermögenshaushalt</b>					
3. Einnahmen					
3.1 Zuführung vom Verwaltungshaushalt	15.708.150	26,52	15.578.770	30,85	-129.380
3.2 Entnahme aus der Rücklage	475.000	0,80	474.600	0,94	-400
3.3 Rückflüsse von Darlehen	811.100	1,37	843.102	1,67	32.002
3.4 Einnahmen aus Veräußerungen von Beteiligungen u. Rückflüsse von Kapitaleinlagen	4.500.000	7,60	0	0,00	-4.500.000
3.5 Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	8.555.860	14,45	6.855.744	13,58	-1.700.116
3.6 Beiträge und ähnliche Entgelte	0	0,00	0	0,00	0
3.7 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28.700.750	48,46	16.055.250	31,79	-12.645.500
3.8 Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen (Umschuldung)	478.000	0,81	455.540	0,90	-22.460
3.9 Abschluss- und Übertragungsbuchungen (Fehlbetrag)	0	0,00	10.237.938	20,27	10.237.938
<b>Summe 3:</b>	<b>59.228.860</b>	<b>100</b>	<b>50.500.944</b>	<b>100</b>	<b>-8.727.916</b>
4. Ausgaben					
4.1 Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0	0,00	4.195.161	8,31	4.195.161
4.2 Zuführung an Rücklagen	627.000	1,06	643.467	1,27	16.467
4.3 Gewährung von Darlehen	0	0,00	0	0,00	0
4.4 Vermögenserwerb	6.116.300	10,33	5.593.660	11,08	-522.640
4.5 Baumaßnahmen	29.557.500	49,90	19.339.334	38,29	-10.218.166
4.6 Tilgung von Krediten (Umschuldung)	7.616.100	12,86	7.598.178	15,05	-17.922
4.7 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	2.169.830	3,66	185.329	0,37	-1.984.501
4.8 Sonstige Ausgaben (Kreditbeschaffungskosten)	200.000	0,34	12.942.126	25,63	12.742.126
4.9. Deckung von Fehlbeträgen	12.942.130	21,85	3.689	0,01	-12.938.441
<b>Summe 4:</b>	<b>59.228.860</b>	<b>100,00</b>	<b>50.500.944</b>	<b>100,00</b>	<b>-8.727.916</b>

## **2. Die Entwicklung der Finanzwirtschaft im Haushaltsjahr 2006**

Der Stadtrat hat am 30.03.2006 die Haushaltssatzung und am 26.10.2006 eine erste Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt beschlossen:

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.1	den Einnahmen	250.713.570 EUR
davon	im Verwaltungshaushalt	186.415.540 EUR
	im Vermögenshaushalt	64.298.030 EUR
1.2	den Ausgaben	255.682.480 EUR
davon	im Verwaltungshaushalt	191.384.450 EUR
	im Vermögenshaushalt	64.298.030 EUR
2.	dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (ohne Umschuldung) von	0 EUR
3.	dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	11.432.220 EUR
4.1	Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite für die Stadt kasse	36.000.000 EUR
4.2	Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite zur recht- zeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Robert-Schumann-Konservatoriums	50.000 EUR
5.	Festsetzung der Steuerhebesätze	
-	für die Grundsteuer	
	a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	420 v. H.
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	470 v. H.
-	für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge.	470 v. H.

Für das Haushaltsjahr 2006 konnte wiederum kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Der Verwaltungshaushalt weist noch eine Deckungslücke von 4.969 TEUR aus und beinhaltet hierbei die planmäßig umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen entsprechend dem vom Stadtrat am 24.02.05 beschlossenen Haushaltssicherungskonzept (HSK) in Höhe von 10.973 TEUR. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung (Vermögensveräußerungen) ist zudem eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 2.395 TEUR enthalten. Ohne diese Zuführung lag der tatsächliche Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt bei 7.364 TEUR.

Nach der ursprünglichen Finanzplanung wurde für das Haushaltsjahr ein Fehlbetrag von 10,1 Mio. EUR ermittelt, wobei in diesem Finanzplan bereits die Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK eingeflossen sind. Das im HSK beschlossene Konsolidierungsziel für 2006 beträgt 23 Mio. EUR zuzüglich des ursprünglich erwarteten Fehlbetrages aus 2004 in Höhe von 11 Mio. EUR und weist ein Konsolidierungspotenzial von 24,4 Mio. EUR aus, wovon planungsseitig nur 22,5 Mio. EUR wie folgt unterstellt werden konnten:

- Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes im Verwaltungshaushalt: 11,0 Mio. EUR (davon bereits 7.562 TEUR in 2005 umgesetzt)
- Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes im Vermögenshaushalt: 11,5 Mio. EUR

Darüber hinaus sind im Vermögenshaushalt weitere Mehreinnahmen aus Vermögensveräußerungen von 5.472 TEUR enthalten, die bereits 2005 geplant, aber nicht realisiert werden konnten. Diese Mehreinnahmen sollten zur Deckung des Fehlbetrages im Vermögenshaushalt 2005 dienen.

Der Stand der Einnahmen und Ausgaben stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

<b>Einnahmehauptgruppe</b>	<b>Haushaltsansatz 2006 TEUR</b>	<b>bereinigtes Anord- nungssoll per 30.09.2006 TEUR</b>
<b>0</b>		
Steuern und steuerähnliche Entgelte	122.879	92.951
<b>1</b>		
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	48.687	36.424
<b>2</b>		
Sonstige Finanzeinnahmen	14.489	10.305
<b>Summe Einnahmen Verwaltungs- haushalt</b>	<b>186.415</b>	<b>139.690</b>

Bei den Steuereinnahmen und steuerähnlichen Entgelten ist insgesamt eine positive Entwicklung zu verzeichnen. So hat sich das Gewerbesteueraufkommen per 27.11.06 gegenüber dem Plan um 1.373 TEUR auf 25.873 TEUR erhöht. Ebenfalls positiver als geplant werden die Ergebnisse bei den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und Umsatzsteuer sein. Die Mehreinnahmen liegen bei ca. 1.050 TEUR.

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb werden insgesamt im Bereich der veranschlagten Plansumme liegen. Innerhalb dieser Einnahmehauptgruppe kommt es zu einer Vielzahl von Mehr- aber auch Mindereinnahmen.

Das in der vorstehenden Übersicht ausgewiesene Anordnungssoll enthält keine anteiligen Einnahmen aus der Zuführung vom Vermögenshaushalt. Für den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes waren u. a. 2.395 TEUR Einnahmen aus Vermögensveräußerungen im Rahmen des HSK geplant. Da in 2006 die finanzielle Umsetzung nicht erfolgen wird, werden diese Einnahmen zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes nicht zur Verfügung stehen und es entstehen folglich Mindereinnahmen von - 2.395 TEUR. Ebenfalls Mindereinnahmen von mindestens -200 TEUR wurden bei den Bußgeldeinnahmen seitens des Rechtsamtes angekündigt.

Mehreinnahmen werden dagegen bei Säumniszuschlägen und Stundungszinsen gem § 233 a AO von erwartet. Mehreinnahmen von sind beim Aufwendungsersatz und Leistungen durch Sozialleistungsträger zu verzeichnen.

<b>Ausgabehauptgruppe</b>	<b>Haushaltsansatz 2006 TEUR</b>	<b>bereinigtes Anordnungssoll per 30.09.2006 TEUR</b>
<b>4</b>		
Personalausgaben	59.740	43.972
<b>5/6</b>		
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	63.239	44.899
darunter: 69 Leistungen Hartz IV	25.685	18.880
<b>7</b>		
Zuweisungen und Zuschüsse	36.179	26.906
darunter: 73-79 Soziale Leistungen	22.498	15.737
<b>8</b>		
Sonstige Finanzausgaben	31.434	22.605
<b>Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt</b>	<b>191.384</b>	<b>138.382</b>

Die Personalausgaben werden am Jahresende voraussichtlich um ca. 1.200 TEUR unter dem Planansatz liegen.

Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand per 30.09.2006 entsteht bei einfacher Hochrechnung der Eindruck, dass am Jahresende erhebliche Mittel eingespart werden könnten. Da sich die Fachämter bekanntermaßen aufgrund der haushaltslosen Zeit im 1. Halbjahr konsequent an die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung gehalten haben, wurden insbesondere bei den disponiblen Kosten nur die nötigsten Ausgaben getätigt. Gegenwärtig gehen bei den Fachämtern die Betriebskostenabrechnungen für ihre Einrichtungen ein. Insbesondere im Bereich der Heiz- und Stromkosten fallen Nachzahlungen, verbunden mit künftig höheren Abschlagszahlungen, in Größenordnungen an.

Zu den Ausgaben der Hauptgruppe 7 gehören die Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe. Bei Letzteren entstehen erfreulicherweise Minderausgaben von rund 750 TEUR.

Im Bereich der sonstigen Finanzausgaben, Hauptgruppe 8, werden folgende Minderausgaben erwartet:

- Erstattungszinsen nach § 233 a AO 750 TEUR
- Zinsen für Kassenkredite und Überziehungszinsen 270 TEUR

Nach dem aktuellen Stand der Einnahmen und Ausgaben per 25.01.07 kann eingeschätzt werden, dass der Verwaltungshaushalt 2006 ohne Fehlbetrag abschließen wird.

## 2. Stand der Einnahmen und Ausgaben im Vermögenshaushalt

Der Stand der Einnahmen und Ausgaben stellt sich wie folgt dar:

<b>Einnahmen</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Haushalt- ansatz 2006</b>	<b>Haushalt- rest 2005</b>	<b>AO-SOLL 31.12.2006</b>
		<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	10.161	0	0
31	Entnahme aus Rücklagen	0	0	0
34	Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens	5.309	0	5.535
360	Inv. Zuweisung vom Bund	0	0	0
361	Inv. Zuweisung vom Land	26.172	3.226	16.411
362-368	Inv. Zuschüsse von sonstigen Bereichen	2.666	711	1.463
37*1	Einnahmen aus Krediten	0	0	0
37*2	Einnahmen aus Krediten für Umschuldungen	4.946	0	4.940
	sonstige Einnahmen	15.044	0	30
	<b>Summe</b>	<b>64.298</b>	<b>3.937</b>	<b>28.379</b>
<b>Ausgaben</b>				
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	2.395	0	0
91	Zuführung an Rücklagen	653	0	0
92	Gewährung von Darlehen	0	0	0
932/933	Erwerb und Leasing von Grundstücken	2.439	1.229	3.084
935/936	Erwerb und Leasing von bewegl. Sachen des Anlagevermögens	1.883	3.082	2.494
94-96	Baumaßnahmen	26.276	6.521	17.498
97*1	Tilgung von Krediten	7.182	0	7.072
97*2	außerordentl. Tilgung, Umschuldung	4.946	0	4.940
	sonstige Ausgaben	18.524	901	1.161
	<b>Summe</b>	<b>64.298</b>	<b>11.733</b>	<b>36.249</b>

Die geringe Erfüllung der Einnahmen und Ausgaben per 31.12.06 ist u.a. auf die späte Genehmigung des Haushaltplanes 2006 zurückzuführen. Der Bescheid des RPC erging am 30.06.2006. Des weiteren konnten Vermögensveräußerungen nicht wie geplant realisiert werden. Die planmäßige Zuführung vom/zum Verwaltungshaushalt wird im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht.

### 3. Aufstellung des Haushaltsplanes 2007

Für das Haushaltsjahr 2007 beträgt der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt 10.880.810 EUR, dessen Deckung über eine Zuführung vom Vermögenshaushalt erfolgt.

Der vorliegende Verwaltungshaushalt beinhaltet größtenteils die in 2005 und 2006 umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen entsprechend dem Haushaltssicherungskonzept. Zudem sind weitere, in 2007 wirksam werdende Maßnahmen berücksichtigt. Zu weiteren Ausführungen der Umsetzung und Anpassung des Haushaltssicherungskonzeptes wird auf Punkt 12 dieses Vorberichtes verwiesen.

#### 3.1 Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2007 festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen

Das vom Stadtrat am 24.02.2005 beschlossene Haushaltssicherungskonzept sieht für das Haushaltsjahr 2007 neben den bereits 2005 und 2006 umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen weitere folgende Maßnahmen vor:

- Reduzierung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	627 TEUR
davon:	
• Reduzierung der Zuschüsse von Beteiligungen	535 TEUR
• Ausgabenreduzierungen durch Schließung Einrichtungen, Leistungsabbau, ...	92 TEUR
- Erhöhung von Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	<u>40 TEUR</u>
<b>Verbesserung Verwaltungshaushalt gesamt</b>	<b><u>667 TEUR</u></b>
- Mehreinnahmen Vermögenshaushalt	26.000 TEUR
- Minderausgaben Vermögenshaushalt	
Reduzierung der Zuschüsse an SRZ	<u>540 TEUR</u>
<b>Verbesserung Vermögenshaushalt gesamt</b>	<b>26.540 TEUR</b>

Im vorliegenden Planentwurf 2007 wurden davon insgesamt 16.949 TEUR umgesetzt.  
davon:

- im Verwaltungshaushalt	<b>295 TEUR</b>
• Theater Plauen-Zwickau gGmbH	270 TEUR

##### Reduzierung Zuschuss:

1. 170 TEUR Kürzung Mietkostenzuschuss)
2. + 38 TEUR Mehreinnahmen Miete )
3. + 145 TEUR Kürzung Zuschuss durch Einsatz Haushaltssausgeberest
4. + 125 TEUR Zuführung vom Vermögenshaushalt  
(dafür Reduzierung von geplanten Maßnahmen im VMH) **3. u. 4. Beschluss Stadtrat**

---

478 TEUR Summe Reduzierung Zuschuss  
- 208 TEUR Bereitstellung von Ausgaben für investive Maßnahmen am Theater

---

##### 270 TEUR Umsetzung HSK

- Kultur, Tourismus, Messebetriebe Zwickau

25 TEUR

- im Vermögenshaushalt	<b>16.654 TEUR</b>
• Vermögensveräußerungen	16.159 TEUR
• Zuschüsse Beteiligungen (SRZ GmbH)	412 TEUR

Darüber hinaus sind im Vermögenshaushalt weitere Mehreinnahmen aus Vermögensveräußerungen in Höhe von 15.105 TEUR enthalten, die bereits 2005 und 2006 geplant waren, aber nicht realisiert werden konnten. Zu diesen nicht realisierten Einnahmen gehören:

- Vermögensveräußerung von Beteiligungen	14.920 TEUR
- Grundstücksverkäufe an GGZ	185 TEUR

Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung des Fehlbetrages im Vermögenshaushalt 2006.

**3.2 Überblick über die Entwicklung der wichtigsten Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes in den Jahren 2005 - 2010**

Bezeichnung	Rechn.- ergebnis 2005 EUR	Haushalts- plan 2006 EUR	Haushalts- plan 2007 EUR	Finanzplan 2008 EUR	Finanzplan 2009 EUR	Finanzplan 2010 EUR
<b>Einnahmen</b>						
0 Steuern, allgemeine Zuweisungen	128.386.984	122.879.300	123.816.530	123.346.000	128.192.000	128.979.000
1 Einn. aus Verwaltung und Betrieb	45.581.938	48.687.300	46.517.370	46.660.000	46.814.000	46.383.000
2 sonstige Finanzeinn.	16.714.559	14.848.940	22.971.970	22.266.000	14.021.000	11.964.000
Summe Einnahmen Verwaltungshaushalt	190.683.481	186.415.540	193.305.870	192.272.000	189.027.000	187.326.000
3 Summe Einnahmen Vermögenshaushalt	50.500.944	64.298.030	81.983.830	56.613.000	37.723.000	33.648.000
<b>Summe Einnahmen Gesamthaushalt</b>	<b>241.184.425</b>	<b>250.713.570</b>	<b>275.289.700</b>	<b>248.885.000</b>	<b>226.750.000</b>	<b>220.974.000</b>
<b>Ausgaben</b>						
4 Personalausgaben	58.710.421	59.740.400	57.815.780	56.750.000	55.750.000	54.650.000
5/6 Sächlicher Verwal- tungs- und Be- triebsaufwand	58.100.602	63.238.850	63.844.970	65.904.000	66.508.000	67.412.000
7 Zuweisungen und Zuschüsse	34.751.088	36.971.540	39.878.220	40.594.000	41.217.000	41.915.000
8 Sonstige Finanzausg. darunter Zuführung zum Ver- mögenshaushalt	39.121.370	31.433.660	31.766.900	31.626.000	30.904.000	29.962.000
	15.578.771	10.160.530	10.689.500	11.162.000	10.899.000	10.547.000
Summe Ausgaben Verwaltungshaushalt	190.683.481	191.384.450	193.305.870	194.874.000	194.379.000	193.939.000
9 Summe Ausgaben Vermögenshaushalt	50.500.944	64.298.030	81.983.830	56.613.000	37.723.000	33.648.000
<b>Summe Ausgaben Gesamthaushalt</b>	<b>241.184.425</b>	<b>255.682.480</b>	<b>275.289.700</b>	<b>251.487.000</b>	<b>232.102.000</b>	<b>227.587.000</b>

### 3.3 Übersicht zum Verwaltungshaushalt 2007

#### 3.3.1 Eckdaten zu den Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

##### 3.3.1.1 Steuern, allgemeine Zuweisungen (Hauptgruppe 0)

Steuern und allgemeine Zuweisungen nehmen mit den größten Anteil bei den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes ein und sind zugleich allgemeine Deckungsquelle für die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes. **123.816.530 EUR**

Hierzu gehören:

Grundsteuer A und B	10.300.000 EUR
Gewerbesteuer	24.130.000 EUR
Hundesteuer	335.000 EUR
Vergnügungssteuer	450.000 EUR
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	10.569.000 EUR
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	6.819.000 EUR
Schlüsselzuweisungen	55.968.900 EUR
Zuweisungen für übertragene Aufgaben	3.428.030 EUR
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen Hartz IV	11.816.600 EUR

##### Grundsteuer

Die Grundsteuer A und B wurden auf der Grundlage der mit Beschluss des Stadtrates zum Haushalt 2007 veränderten Hebesätze veranschlagt (für die Grundsteuer A: 300 v. H.; für die Grundsteuer B: 450 v. H.)

Zudem erfolgte bei der Grundsteuer B eine Anpassung an die tatsächliche Entwicklung des Vorjahres.

##### Gewerbesteuer

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wurde ebenfalls mit Beschluss des Stadtrates zum Haushalt 2007 auf 450 v. H. reduziert. Bei der Gewerbesteuer wurde die positive Entwicklung des Jahres 2006 zugrundegelegt.

Darüber hinaus fanden die Orientierungsdaten für die mittelfristige Finanzplanung 2007 – 2010 nur teilweise Berücksichtigung. In den Jahren 2009 und 2010 wurden Abschläge bei den vorgesehenen Steigerungen von jeweils 5 v. H. vorgenommen.

##### Hundesteuer

Entsprechend der Hundesteuersatzung vom 19.12.2003 werden für

1 Hund	90,00 EUR
2 Hunde je Hund	120,00 EUR
3 oder mehrere Hunde je Hund	138,00 EUR
gefährliche Hunde je Hund	600,00 EUR

Steuern erhoben.

### **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**

Dieser Planansatz wurde auf der Basis der Orientierungsdaten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen für das Haushaltsjahr 2007 veranschlagt.

### **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer**

Dieser Planansatz wurde ebenfalls auf der Basis der Orientierungsdaten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen für das Haushaltsjahr 2007 veranschlagt.

### **Schlüsselzuweisungen**

Auch bei der größten Einnahmeposition des Verwaltungshaushaltes entspricht die veranschlagte Summe dem vorläufigen Orientierungswert für die Stadt Zwickau, wobei seitens des Sächsischen Staatsministeriums auf noch nicht abschließend gesicherte Datengrundlagen verwiesen wurde.

### **Sonderlastenausgleich vom Land für die Grundsicherung nach SGB II und Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Hartz IV)**

Der Ausgleich von Sonderlasten sowie die Leistungsbeteiligungen des Landes aus der Umsetzung des Hartz IV – Gesetzes wurde auf der Grundlage des § 18 SächsAGSGB ermittelt. Für die Jahre 2005 und 2006 hatte der Freistaat Sachsen jeweils 50 Mio. EUR Wohngeldentlastung an die Kreisfreien Städte und Landkreise im Rahmen des Hartz IV-Sonderlastenausgleichs weitergereicht. Für das Jahr 2005 stehen noch 60 Mio. EUR Nachzahlungen aus, die 2007 fällig werden. Da der eigentliche Ansatz für 2007 und 2008 ebenfalls noch einmal nach oben korrigiert werden konnte, hat der Freistaat im Staatshaushalt 2007/2008 die Entlastungsbeträge nunmehr um das 3-fache erhöht, so dass sich für die Stadt Zwickau in 2007 rund 2,5 Mio. EUR Mehreinnahmen ergeben.

#### **3.3.1.2 Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Hauptgruppe 1)**

Bei dieser Hauptgruppe handelt es sich insbesondere um aufgabenbezogene Einnahmen. Hierzu gehören:

- Gebühren und ähnliche Entgelte	10.113.370 EUR
- Einnahmen aus Verkauf, Mieten und Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	5.432.770 EUR
- Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	10.220.600 EUR
- Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen des Bundes (Hartz IV)	8.188.100 EUR
- Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	12.562.530 EUR

#### **Gebühren u. ä. Entgelte**

Bei dieser Einnahmegruppe werden vorwiegend die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie Entgelte, so z. B. für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen, wie Kindertageseinrichtungen, Kultureinrichtungen, Sportstätten, Gebühren für Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Entgelte für Bestattungen, Parkgebühren u. a. veranschlagt. Vergleicht man die veranschlagten Einnahmen mit denen des Vorjahres, ist insgesamt eine Reduzierung von 2.109 TEUR zu verzeichnen. Die Ursachen liegen zum einen in der Ausgliederung von Kindertagesstätten ab 01.01.2007 sowie der Ausgliederung des Strandbades und der Schwimmhalle Flurstraße ab 01.04.2007. Zum anderen musste eine erhebliche Reduzierung bei den Leistungsgebühren Hausmüll infolge geringerer Entleerungen der 1,1 m<sup>3</sup>-Behälter als in der Kalkulation angenommen sowie geringerer Sockelgebühren durch Behälterabzug oder Behältergrößenänderung in Höhe von 1.263 TEUR vorgenommenen werden. Des Weiteren entfallen infolge des Stadtratsbeschlusses zum Haushalt 2007 mit der Einführung eines kostenfreien Vorschuljahres ab 1.09.2007 Einnahmen bei den Elternbeiträgen in Kindertagesstätten.

## **Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen**

Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von rund 200 TEUR zu verzeichnen. Während bei den Einnahmen aus Verkauf sowie sonstigen Betriebseinnahmen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, konnten die Einnahmen aus Mieten und Pachten um rund 300 TEUR erhöht werden, hier insbesondere durch einen Neuzugang von 450 TEUR Einnahmen aus Erbapacht für die Grundstücke des Städtischen Klinikums „Heinrich Braun“, die nach Umwandlung des Eigenbetriebes in eine gGmbH im Eigentum der Stadt Zwickau verbleiben.

## **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**

Hierzu gehören vor allem:

- der Betriebskostenanteil des Landes für Kindertagesstätten (städtischer und freier Träger)	6.469.800 EUR
- Straßenlastenausgleich gem. Finanzausgleichsgesetz	1.500.000 EUR
- Zuweisungen vom Land – Jugendpauschale, Ausgleichsrichtlinie	334.450 EUR
- Zuweisungen aus der Kulturraumkasse	1.076.500 EUR
- Fördermittel im Bereich des Gesundheitsamtes	248.430 EUR
- Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (Altersteilzeit)	102.000 EUR

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke liegen insgesamt um 486 TEUR über denen des Vorjahres. Mehreinnahmen von 312 TEUR sind beim Betriebskostenanteil des Landes für Kindertagesstätten veranschlagt. Zudem erfolgte beim Straßenlastenausgleich eine Wiederanhebung der Kilometerpauschalen mit Ausnahme der Kreisstraßen auf dem Niveau von 2003. Ferner erhalten die Kommunen ab 2007 eine Winterdienstpauschale vom Land, sofern sie im Durchschnitt 291 Höhenmeter ü.N.N. liegen. Insgesamt werden für die Stadt Zwickau 337 TEUR höhere Zuweisungen als 2006 erwartet.

## **Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes**

Hierzu gehören u. a.

- Erstattungen für die Leitstelle der Feuerwehr und den Rettungsdienst durch Rettungszweckverband	1.998.380 EUR
- Lastenausgleich nach § 28 FAG (delegierte Leistungen der Sozialhilfe an örtliche Träger)	1.663.600 EUR
- Weitere Erstattungen vom Land, vorwiegend im Bereich der Sozialhilfe	2.755.680 EUR
- Erstattungen von Trägern der Jugendhilfe, Erstattungen von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen, Erstattung Betriebskosten für Kindertagesstätten örtl. und freier Träger von Gemeinden	1.942.000 EUR
- Erstattung von Schülerbeförderungskosten durch die Eltern Mit Beschluss des Stadtrates zum Haushalt 2007 entfällt die Erstattung von Schülerbeförderungskosten durch die Eltern.	0 EUR
- Erstattung von der Agentur für Arbeit für den Verwaltungsaufwand ARGE	1.850.000 EUR
- Innere Verrechnungen zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten des Verwaltungshaushaltes (nähere Ausführungen zu den inneren Verrechnungen sind dem Pkt. 10 dieses Vorberichtes zu entnehmen)	2.276.330 EUR

<b>Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Hartz IV)</b>		
Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft		8.188.100 EUR
Die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft liegt bei 31,2 %. Aufgrund der aktuellen Fallzahlen und der Erhöhung der Bundeszuweisungen hat sich diese Einnahme position gegenüber 2006 um 903,6 TEUR erhöht.		

### 3.3.1.3 Sonstige Finanzeinnahmen (Hauptgruppe 2)

Zu den sonstigen Finanzeinnahmen gehören u. a.

- Zinseinnahmen (Depot VWZ)	681.110 EUR
- Anteil an der Gewinnausschüttung der Sparkasse	800.000 EUR
- Abführung des Eigenbetriebes HBK	524.000 EUR
- Konzessionsabgaben aus der Energie- sowie Erdgasversorgung	2.676.500 EUR
- Ersatz von sozialen Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen	1.306.350 EUR
- Bußgelder, Säumniszuschläge Den größten Anteil nehmen hier mit 2.328.600 EUR die Verwarn- und Bußgelder für den ruhenden und fließenden Verkehr ein.	3.264.600 EUR
- Kalkulatorische Einnahmen bei kostenrechnenden Einrichtungen das sind: - Abschreibungen für Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sowie bewegliche Sachen des Anlagevermögens - Verzinsung des Anlagekapitals	2.638.460 EUR
- Zuführung vom Vermögenshaushalt (davon: <b>125 TEUR</b> für das Theater Zwickau zu Lasten geplanter Maßnahmen des Vermögenshaushaltes lt. Stadtratsbeschluss zur Verlängerung des Grundlagenvertrages Theater <b>10.880.810 TEUR</b> zum Ausgleich des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt aus planmäßig umzusetzenden Vermögensveräußerungen gem. HSK)	11.005.810 EUR

### 3.3.1.4 Personalausgaben (Hauptgruppe 4)

Im Stellenplan 2007 sind insgesamt 1.273,363 Stellen (VbE) ausgewiesen.

Im Verlauf des Haushaltsjahres 2007 werden durch KW-Stellung und auslaufende Befristung wegfallen. 38,675 Stellen (VbE)

---

Zum 31.12.2007 ergeben sich somit 1.234,688 Stellen (VbE)

Die Personalausgaben betragen gem. Sammelnachweis 57.562.590 EUR zuzüglich ehrenamtlicher Tätigkeit 253.190 EUR

---

Personalausgaben insgesamt: **57.815.780 EUR**

Der prozentuale Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 29,85 % (ohne ehrenamtliche Tätigkeit 29,72 %).

In den Haushaltsansätzen wurden folgende Eckwerte in die Berechnungen einbezogen:

- Personalausgaben ohne Haustarifvertrag.
- Weitere Auswirkungen aus dem Wechsel in den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD).
- Tariferhöhung zum 01.07.2007 um 1,5 %.
- Vollständiger Wegfall der Personalkosten bei Kinderheimen infolge der Ausgliederung des Kinderheimes G.-Fröbe-Haus ab 01.07.2006.
- Schließung der Kindertagesstätte „Spatzennest“ ab 01.10.2006.
- Ausgliederung von 7 Kindertagesstätten an freie Träger ab 01.01.2007.
- Ausgliederung des Strandbades Planitz und der Schwimmhalle Flurstraße ab 01.04.2007.
- Die Personalausgaben für das Reinigungspersonal sind 2007 in voller Höhe berücksichtigt.

### **3.3.1.5 Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Hauptgruppe 5/6)**

Zum Bereich der sächlichen Ausgaben mit insgesamt 63.844.970 EUR gehören insbesondere:

- Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens 3.033.850 EUR
- Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände bis 410 EUR einschließlich deren Unterhaltung 1.097.560 EUR
- Mieten und Pachten 2.242.640 EUR
- Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen, wie z. B. Heizung, Energie, Wasser, Reinigung 10.091.340 EUR
- Haltung von Fahrzeugen 577.070 EUR

- Besondere Anwendung für Beschäftigte, z. B. Dienstkleidung, Aus- und Fortbildung	458.200 EUR
- Lehr- und Unterrichtsmittel, Lernmittel	781.280 EUR
- Kosten für Schülerbeförderung	1.065.000 EUR
- Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben spezielle Sachausgaben in allen Fachämtern z. B. Leistungsvergütung Abfallentsorgung	6.403.100 EUR
- Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabgaben	1.075.950 EUR
- Geschäftsausgaben, wie z. B. Büromaterial, Porto, Fernmeldegebühren, öffentliche Bekanntmachungen	2.775.030 EUR
- Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.858.330 EUR
- Innere Verrechnungen zwischen Einzelplänen, Abschnitten und Unterabschnitten (siehe auch Einnahmen)	2.276.330 EUR
- Kalkulatorische Kosten (siehe auch Einnahmen)	2.638.460 EUR
- Leistungsbeteiligungen im Rahmen der Grundsicherung nach SGB II (Hartz IV)	26.872.700 EUR

### **3.3.1.6 Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 7)**

In dieser Hauptgruppe sind folgende Zuweisungen und Zuschüsse enthalten:

- <b>Zuschüsse für lfd. Zwecke an gemeinnützige, mildtätige, kirchliche o. ä. Einrichtungen</b>	<b>3.041.050 EUR</b>
---	----------------------

darunter:

• Theater Plauen-Zwickau gGmbH (darin 239 TEUR Mietkostenzuschuss)	2.127.000 EUR
• Zuschüsse an freie Träger der Sozialarbeit	304.400 EUR
• Kontakt- und Begegnungsstätten, Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen – öffentl. Gesundheitsdienst	337.970 EUR
• Sportförderung	229.500 EUR

Die Zuschüsse für laufende Zwecke an gemeinnützige u.ä. Einrichtungen wurden aufgrund beschlossener Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen bei der Theater Plauen-Zwickau gGmbH um 315 TEUR reduziert (170 TEUR Reduzierung Mietkostenzuschuss und 145 TEUR des Zuschusses, der über einen Haushaltsausgabereste entsprechend Stadtratsbeschluss vom 26.10.06 kompensiert wurde).

<b>Zuschüsse an öffentliche, wirtschaftliche Unternehmen, Gemeindeverbände und übrige Bereiche</b>	<b>14.253.400 EUR</b>
--	-----------------------

insbesondere an

- Stadtwerke Zwickau Holding GmbH für SVZ	262.600 EUR
- Robert-Schumann-Konservatorium	414.200 EUR
- Automobil-Museum	204.520 EUR
- Zuschüsse zur Umlandfinanzierung	15.320 EUR

- Umlage an den Rettungszweckverband	147.670 EUR
- Zuschuss Behindertenfahrdienst	27.000 EUR
- Zweckverbandsumlage Tierkörperbeseitigung	14.690 EUR
- Umlage an den Abfallzweckverband	295.200 EUR
- Umlage Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau	79.500 EUR
- Zuschuss an AWO für Internat	98.100 EUR
- Betriebskosten- und Mietkostenzuschuss Kultur, Tourismus, Messebetriebe Zwickau GmbH	932.590 EUR
- Zuschüsse für Kindertagesstätten freie Träger	10.797.090 EUR
- Bäderbetriebs GmbH	841.810 EUR
- Innenstadtrelevante Projektförderung	10.200 EUR

Bei den vorgenannten Zuschüssen ist im Vergleich zum Vorjahr ein erheblicher Anstieg in Höhe von 3.133 TEUR zu verzeichnen, wovon allein 2.295 TEUR mit der Übergabe von Kindertagesstätten an freie Träger im Zusammenhang stehen. Zudem erhöht sich dieser Zuschuss um weitere 166 TEUR infolge der Einführung eines kostenfreien Vorschuljahres. Weiterhin wird im vorliegenden Planentwurf von der Ausgliederung des Strandbades und der Schwimmhalle Flurstraße ab 01.04.2007 ausgegangen, so dass ein Zuschuss für die Bäderbetriebs GmbH von 842 TEUR veranschlagt wurde. Die lt. HSK am 24.02.2005 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen wurden bei der KULTOUR Z. GmbH umgesetzt.

- <b>Soziale Leistungen</b>	<b>22.583.770 EUR</b>
-----------------------------	-----------------------

Gegenüber dem Vorjahr steigen die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe nur geringfügig an.

### **3.3.1.7 Sonstige Finanzausgaben (Hauptgruppe 8)**

- Zinsausgaben	4.458.610 EUR
Gegenüber dem Vorjahr sind die Zinsausgaben um 394 TEUR zurückgegangen.	
Die Zinsausgaben ergeben sich aus den Kreditaufnahmen der Vorjahre. Enthalten sind ebenfalls Zinsen für Kassenkredite in Höhe von 200 TEUR.	
 Gewerbesteuerumlage	2.037.450 EUR
Im Jahr 2006 beträgt der Umlagesatz für die Gewerbesteuer 38 v. H. der Grundbeträge.	
- Umlage lt. Kulturrumgesetz	2.756.160 EUR
zuzüglich Rechtsträgeranteil (Theater Plauen-Zwickau gGmbH)	
- Umlage an den Kommunalen Sozialverband	10.689.500 EUR
(ehem. Landeswohlfahrtsverband)	
- Deckungsreserve (zum Ausgleich unerwarteter, unabweisbarer Ausgaben)	50.000 EUR
- Zuführung an den Vermögenshaushalt	10.790.180 EUR

Entsprechend § 22 Abs. 1 KomHVO muss die Zuführung zum Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten, die Belastungen aus im Vermögenshaushalt veranschlagten kreditähnlichen Rechtsgeschäften und

die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können.

Daraus ergibt sich nachfolgende Pflichtzuführung:

- Kreditbeschaffungskosten	75.000 EUR
- Kredittilgungen (ohne Umschuldung)	7.204.000 EUR
- Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	2.222.070 EUR
- Zinsen Depot Verwaltungszentrum	681.110 EUR
Summe Pflichtzuführung:	<hr/> 10.182.180 EUR <hr/> =====

Nach Abzug der Pflichtzuführung verbleibt ein Überschuss von 608.000 EUR, welcher für nachstehende Vorhaben zweckgebunden verwendet werden soll:

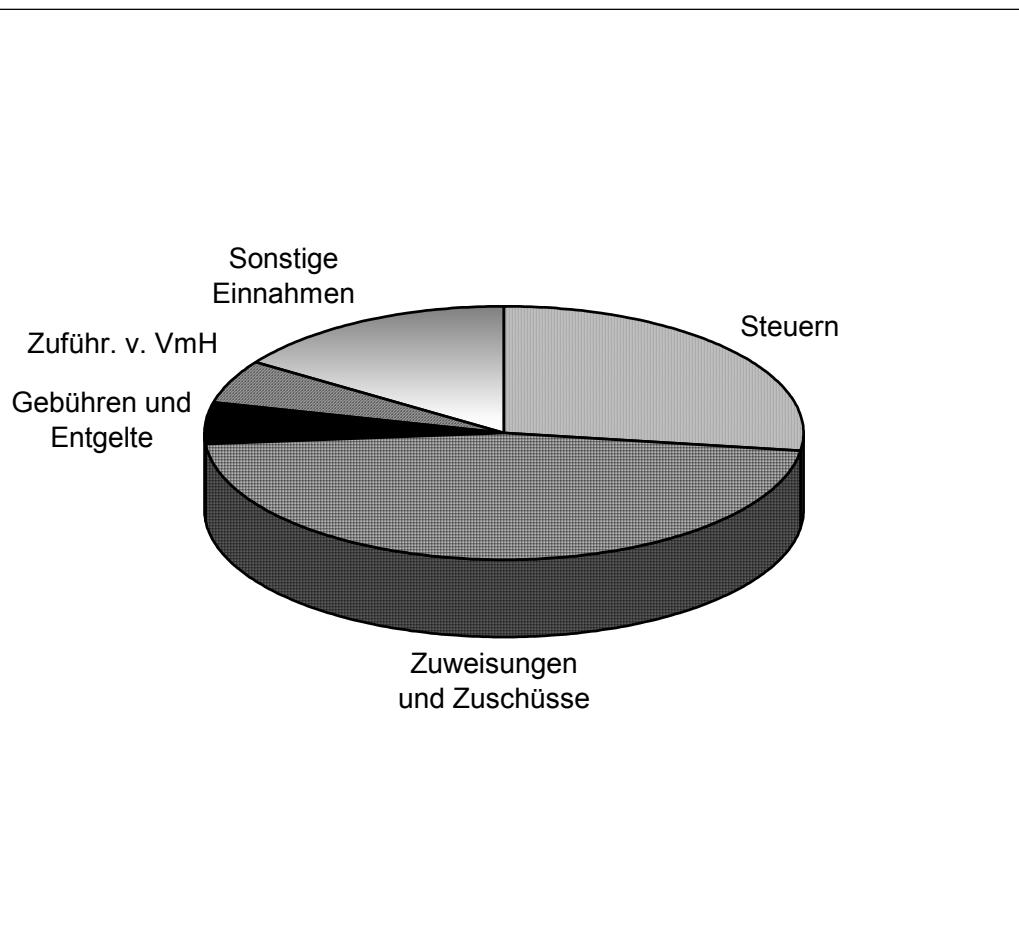
- Zuführung an Rücklage (Schloss Osterstein) 400 TEUR
- Sanierung des Theaters 208 TEUR

gem. Stadtratsbeschluss zur Verlängerung des Grundlagenvertrages  
Theater.

Die Deckung erfolgt aus der anteiligen Miete des Theaters für die  
Spielzeit 2007/2008. Die 208 TEUR erhöhen den Fehlbetrag des  
Verwaltungshaushaltes 2007.

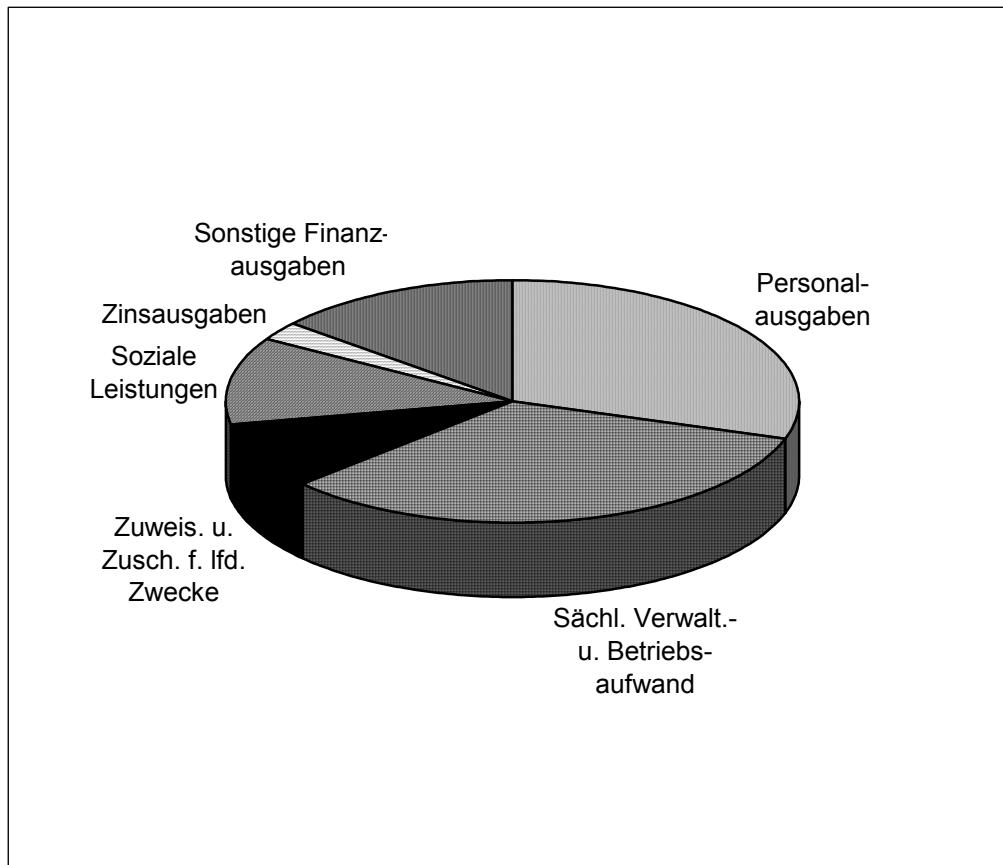
Die Abwicklung der Fehlbeträge aus Vorjahren erfolgt 2007 wiederum über den Vermögenshaushalt. Zur Deckung sollen die Erlöse aus den gem. HSK festgeschriebenen Vermögensveräußerungen eingesetzt werden.

## Verwaltungshaushalt nach Einnahmearten



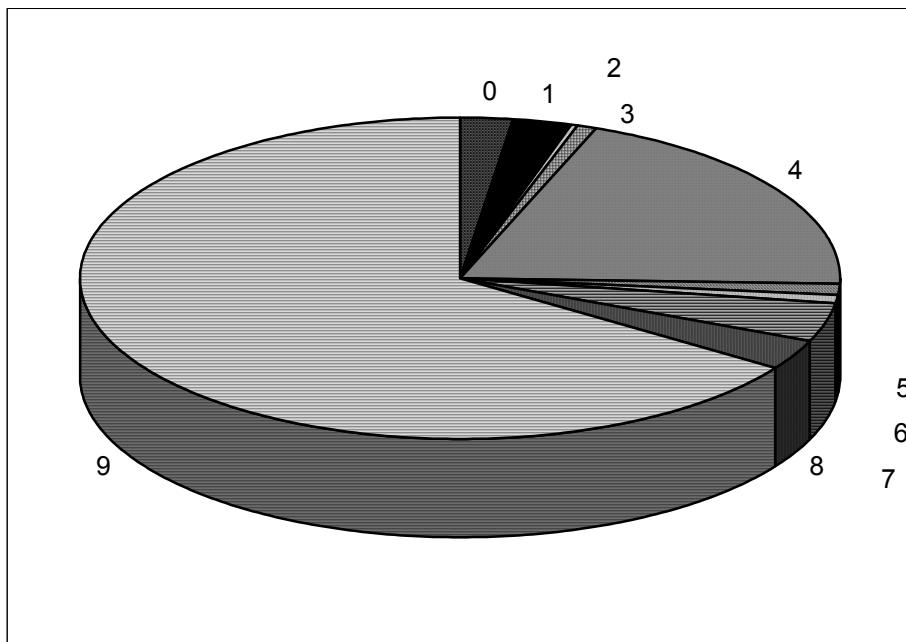
Art	EUR	%
Steuern	52.603.000	27,21
Zuweisungen und Zuschüsse	89.622.230	46,36
Gebühren und Entgelte	10.113.370	5,23
Zuführ. v. VmH	11.005.810	5,69
Sonstige Einnahmen	29.961.460	15,50
<b>Gesamt</b>	<b>193.305.870</b>	<b>100,00</b>

## Verwaltungshaushalt nach Ausgabearten



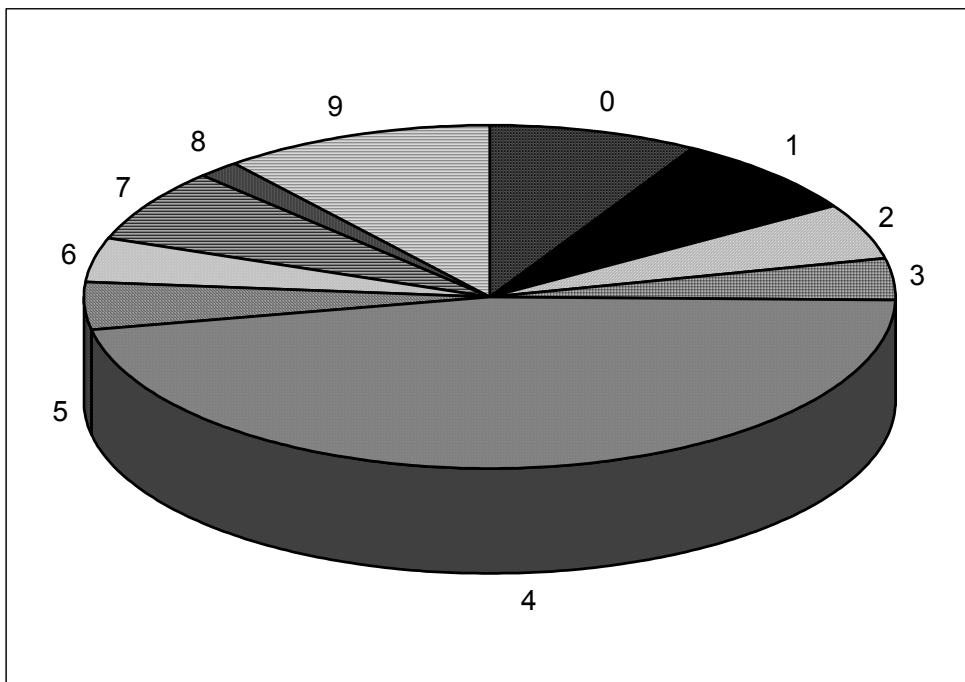
Art	EUR	%
Personalausgaben	57.815.780	29,91
Sächl. Verwalt.- u. Betriebsaufwand	63.844.970	33,03
Zuweis. u. Zusch. f. lfd. Zwecke	17.294.450	8,95
Soziale Leistungen	22.583.770	11,68
Zinsausgaben	4.858.610	2,51
Sonstige Finanzausgaben	26.908.290	13,92
<b>Gesamt</b>	<b>193.305.870</b>	<b>100,00</b>

## Verwaltungshaushalt nach Einzelplänen (Einnahmen)



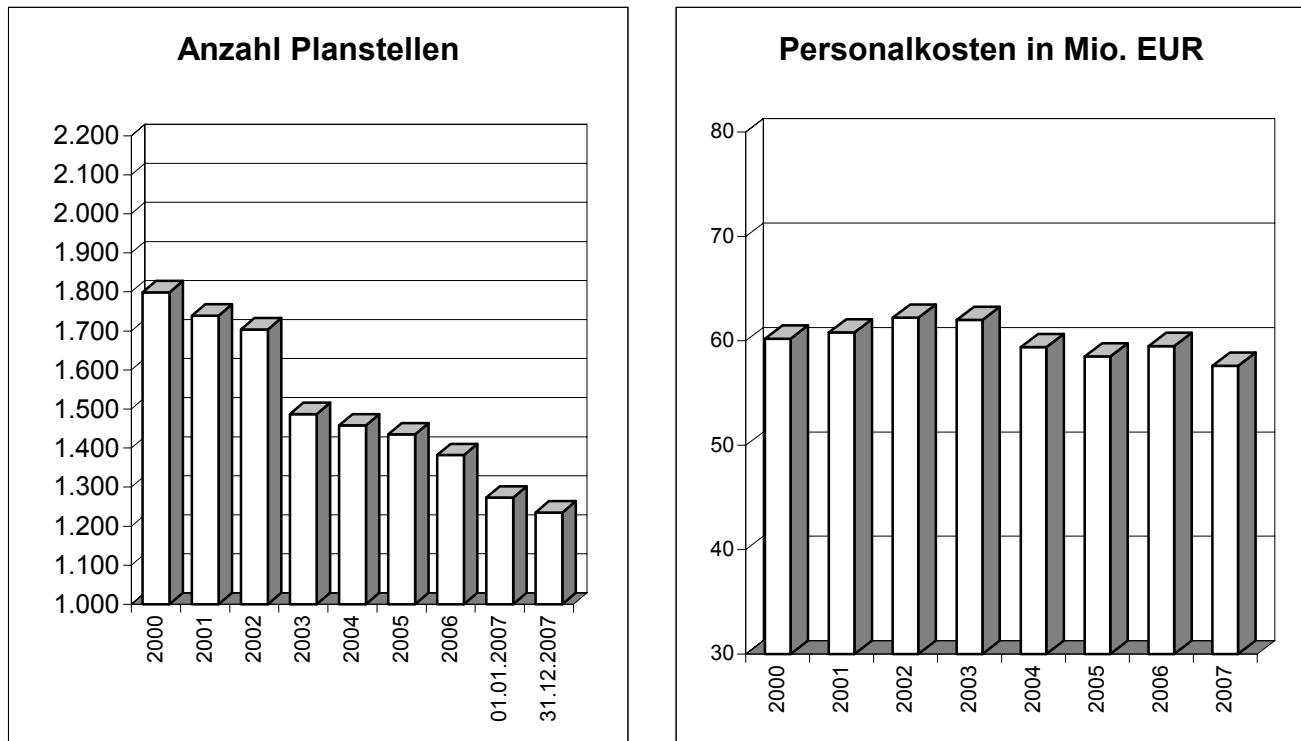
Nr.	Verwaltungshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	4.048.200	2,09
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	5.210.830	2,70
2	Schulen	273.410	0,14
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	1.823.990	0,94
4	Soziale Angelegenheiten	37.853.060	19,58
5	Gesundheit, Sport, Erholung	2.280.700	1,18
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1.587.590	0,82
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	7.449.960	3,85
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	5.825.180	3,01
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	126.952.950	65,67
	<b>Gesamt</b>	<b>193.305.870</b>	<b>100,00</b>

## Verwaltungshaushalt nach Einzelplänen (Ausgaben)



Nr.	Verwaltungshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	16.254.730	8,41
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	14.946.450	7,73
2	Schulen	10.162.770	5,26
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	7.596.550	3,93
4	Soziale Angelegenheiten	89.966.030	46,54
5	Gesundheit, Sport, Erholung	8.726.610	4,51
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	7.973.560	4,12
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	13.544.920	7,01
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	3.041.930	1,57
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	21.092.320	10,91
	<b>Gesamt</b>	<b>193.305.870</b>	100,00

## Entwicklung der Personalkosten und Planstellen in den Jahren 2000 bis 2007

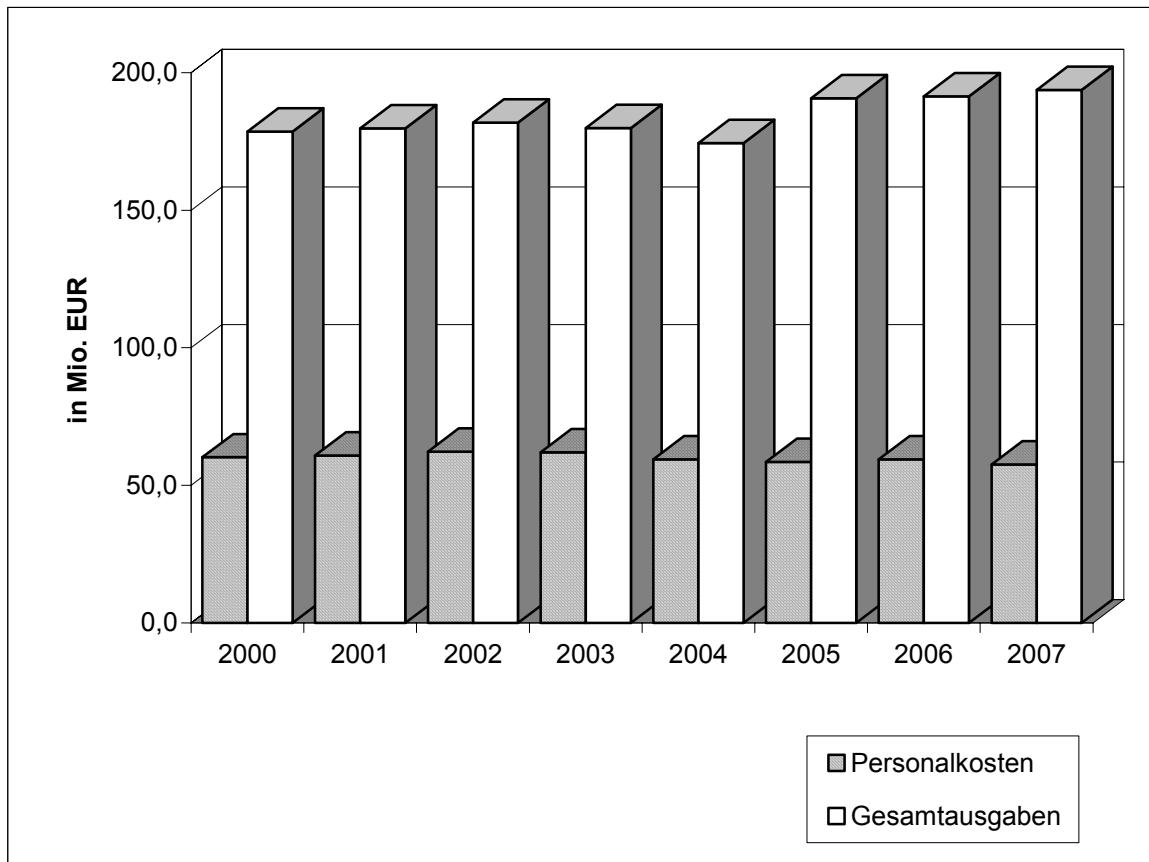


	Rechnungsergebnisse						Planansatz		
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	01.01.2007	31.12.2007
Anzahl Planstellen	1.799	1.739	1.704	1.487	1.458	1.435	1.382	1.273	1.235
Personalkosten *	60,2	60,8	62,2	62,0	59,4	58,5	59,5	57,6	

\* ohne Aufwendungen für ehrenamtl. Tätigkeit

einschließlich Personal Stadtteile Cainsdorf, Mosel, Oberrothenbach, Schlunzig  
sowie Übernahme Landkreis Zwick. Land

Entwicklung der Personalkosten der Jahre 2000 bis 2007  
zu den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes



in Mio.EUR	Rechnungsergebnisse						Planansatz	
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Personalkosten *	60,2	60,8	62,2	62,0	59,4	58,5	59,5	57,6
Gesamtausgaben	178,6	179,8	181,9	179,9	174,4	190,7	191,4	193,7
%	33,71%	33,82%	34,19%	34,46%	34,06%	30,68%	31,09%	29,74%

\* ohne Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit

## 3.4 Übersicht zum Vermögenshaushalt

### 3.4.1 Einnahmen des Vermögenshaushaltes (Hauptgruppe 3)

Folgende Einnahmen sind als Deckungsmittel im Haushaltsplan 2007 enthalten:	<b>TEUR</b>
- Zuführung vom Verwaltungshaushalt	10.790
- Einnahmen aus Grundstücksverkäufen (einschl. Sanierungsgebiete)	4.484
- Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Land für Investitionen (einschl. investiver Schlüsselzuweisung von 5.441 T€)	29.218
- Zuweisung und Zuschüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und anderen Bereichen	3.729
- Einnahmen aus Krediten – Umschuldung	3.469
- sonstige Einnahmen (Entnahme aus Rücklage, Einnahmen aus Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse aus Darlehen)	30.294

Wesentliche Zuweisungen von Bund und Land und von sonstigen Bereichen sind für folgende Investitionen geplant:

<b>Epl. 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>TEUR</b>
- Feuerwehrfahrzeuge	140
<b>Epl. 2 – Schulen</b>	<b>TEUR</b>
- Humboldtschule, Sanierung	282
- Puschkinschule, Baumaßnahmen	675
- Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Sanierung	750
- BSZ Dieselstraße, Umbau	140
<b>Epl. 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege</b>	<b>TEUR</b>
- Museale Ausstattung Priesterhäuser	48
<b>Epl. 4 – Soziale Sicherung</b>	<b>TEUR</b>
- Sanierungsmaßnahmen Kindertagesstätten	359
<b>Epl. 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr</b>	<b>TEUR</b>
- Sanierung Nordvorstadt	552
- Sanierung Bahnhofsvorstadt	367
- Städtebaulicher Denkmalschutz (darunter Schloss Osterstein 4.229T€) Rathaus 1.044T€)	6.485
- Programm „Soziale Stadt“/Eckersbach	597
- Stadtumbau Ost	812
- Sonderprogramm Brücken	150
- Sonderprogramm Straßenbau	220
- Knotenpunkt Steidleiser Straße/HBK	282
- Lückenschluss B 93	10.316
- Ausbau Knoten S 286	170
<b>Epl. 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung</b>	<b>TEUR</b>
- Gleisbogen Neumarkt	1.408
- Anlagenergänzung Straßenbahn-Neubautrasse	124

### 3.4.2 Ausgaben des Vermögenshaushalte (Hauptgruppe 9)

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes 2007 sind im Wesentlichen vorgesehen für:

	TEUR
- Erwerb und Leasing von Grundstücken	2.344
- Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	2.002
- Baumaßnahmen	27.864
- Ordentliche Tilgung von Krediten	7.204
- Umschuldung	3.469
- Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände, u.a. Bereiche	6.121
- sonstige Ausgaben und Zuführung an allgemeine Rücklage	32.980

Die wesentlichen Ausgaben für Investitionsmaßnahmen 2007 sind:

	TEUR
<b>Epl. 0 – Allgemeine Verwaltung</b>	
- Kauf Kaserne (Teilrate aus gestundetem Kaufpreis 1993)	240
- Leasingzahlung Verwaltungszentrum	1.982
- Brandschutzmaßnahmen Verwaltungsgebäude Kolpingstraße 8	50
- Computer-/Nachrichtentechnik	587

	TEUR
<b>Epl. 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	
- Feuerwehr, Erwerb von Fahrzeugen	330
- Katastrophenschutz, Hochwasserschutz	230

	TEUR
<b>Epl. 2 – Schulen</b>	
- Erstellung von Brandschutzkonzepten	175
- Grundschule Crossen, 2. Rettungsweg	100
- A.-Ries-Schule, Sanierung	130
- Scheffelbergschule, Sanierung Innenbereich	175
- Humboldtschule, Sanierung	564
- Puschkinschule, Baumaßnahmen	1.350
- Lessingschule, Dachsanierung	195
- Käthe-Kollwitz-Gymnasium, Weiterführung Sanierung	1.500
- BSZ Wirtschaft u. Gesundheit, Sanierung	117
- BSZ Dieselstraße, Umbau Klassenzimmer	200
- Lernförderorschule (ehem. Eschenwegschule), Sanierung	200
- Lehr-, Lern-, Unterrichtsmittel, Spezialausstattungen	290

	TEUR
<b>Epl. 3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege</b>	
- Priesterhäuser, Museale Ausstattung	80

	TEUR
<b>Epl. 4 – Soziale Angelegenheiten</b>	
- Sanierungsmaßnahmen Kindertagesstätten	719
- Kinderheim Gert-Fröbe-Haus, Brandschutzmaßnahmen	220
- Ersatzneubau Behindertenwohnheim Werdauer Straße	92

	TEUR
<b>Epl. 5 – Gesundheit, Sport, Erholung</b>	
- Sporthalle Scheffelberg, Dachsanierung	80
- Baumaßnahmen öffentliche Kinderspielplätze	155

<b>Epl. 6 – Bau- und Wohnungswesen, Verkehr</b>	<b>TEUR</b>
- Sanierung Nordvorstadt	951
- Sanierung Bahnhofsvorstadt	905
- Städtebaulicher Denkmalschutz	7.043
(darunter Schloss Osterstein 4.229 T€	
Rathaus 1.324 T€)	
- Programm „Soziale Stadt“ Eckersbach	647
- Stadtumbau Ost	1.063
- Stützmauer-/Brückeninstandsetzung	80
- Sonderprogramm Brücken	220
- Deckenerneuerung Gemeindestraßen	300
- Knotenpunkt Steinkleiser Str./HBK	247
- Errichtung von Sammelkanälen	71
- Sonderprogramm Straßenbau	330
- Lückenschluss B 93	12.138
- Ausbau Knoten S 286	232
- Erwerb von Fahrzeugen, Straßenbeleuchtung	140
- Baumaßnahmen Straßenbeleuchtung	117
- Hochwasserschutz Eckersbacher Bach	120
- Hochwasserschutz Schnependorfer Bach	130

<b>Epl. 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung</b>	<b>TEUR</b>
- Krematorium, Baumaßnahmen	150
- Mängelbeseitigung GE/GI Büttengasse	112
- Gleisbogen Neumarkt, vorbereitende Arbeiten und Ausbau	1.800
- Straßenbahn-Neubautrasse	457

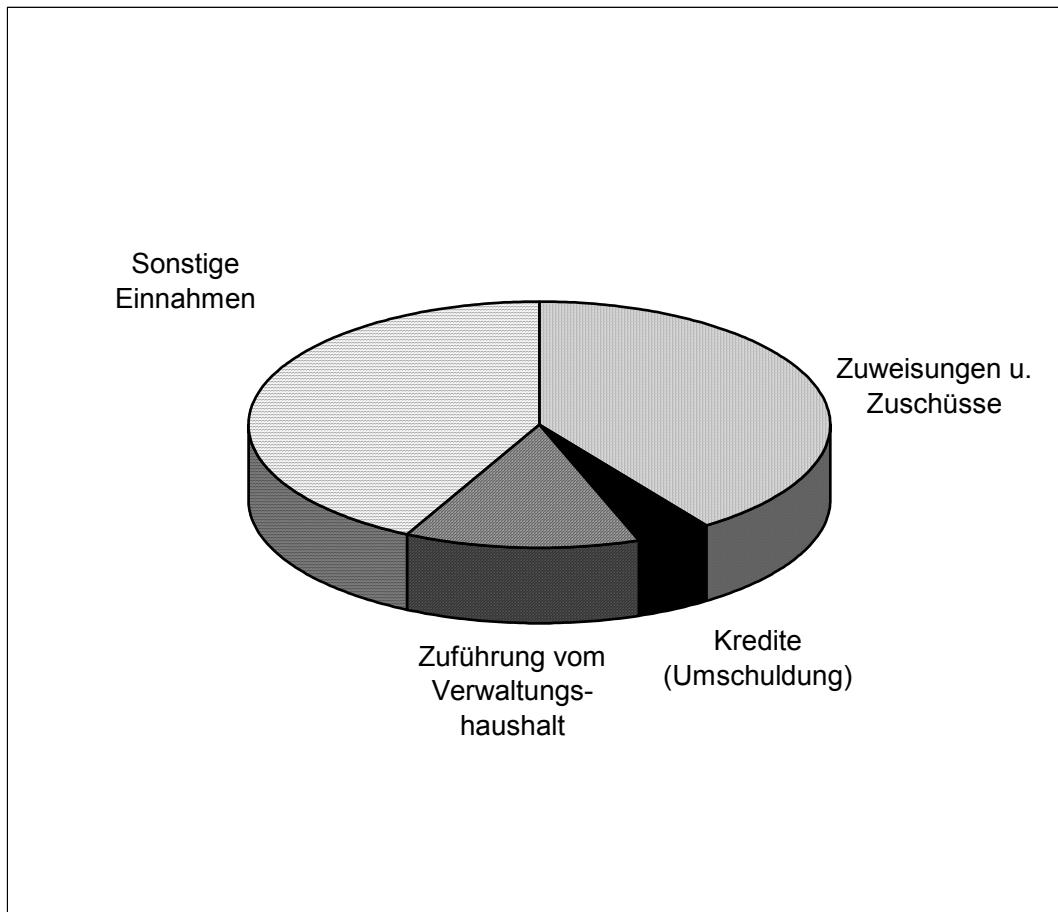
### 3.4.3 Verpflichtungsermächtigungen

Zwischen den mit dem Haushaltplan 2006 beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen und den in 2007 tatsächlich eingestellten Mitteln ergeben sich folgende Abweichungen:

<b>Haushaltstelle</b>	<b>Beschl. VE lt. Plan 2006</b>	<b>Mittelbereitstellung 2007</b>
63029.95182 Verkehrsentwicklungsplanung	10.700	0
66000.95110 Lückenschluss B 93, Bau	11.421.520	11.470.000

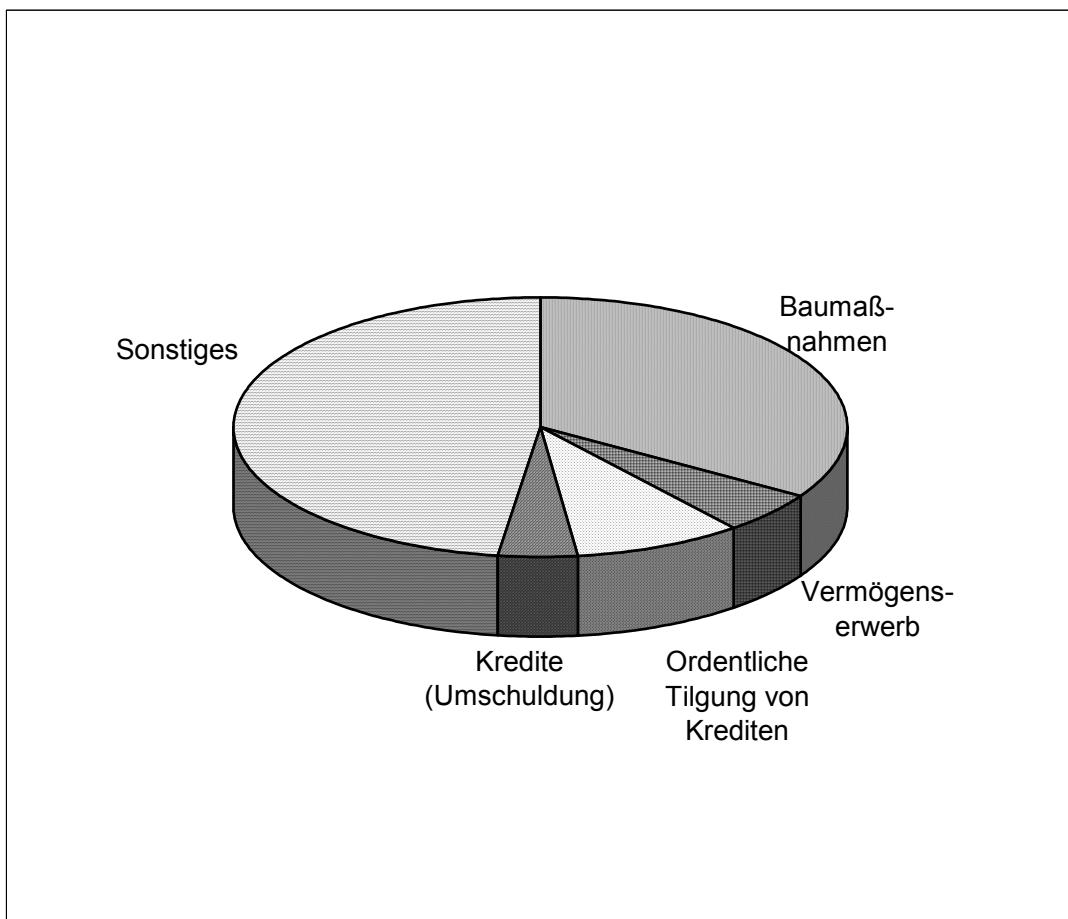
Im Haushaltplan 2007 ist ein Gesamtbetrag an Verpflichtungsermächtigungen von 7.070.000 EUR vorgesehen, von denen 5.516.000 EUR im Jahr 2008 fällig werden und 1.554.000 EUR im Jahr 2009. Detaillierte Angaben sind der Anlage 2 des Haushaltplanes zu entnehmen. Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten der dem Haushaltjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden.

## Vermögenshaushalt nach Einnahmearten



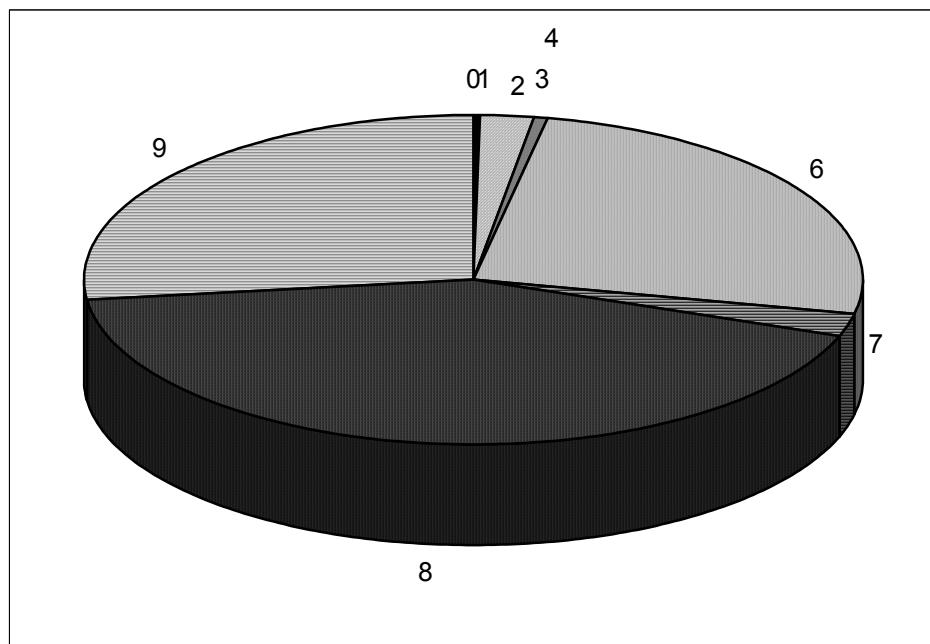
Art	EUR	%
Zuweisungen u. Zuschüsse	32.947.300	40,19
Kredite (ohne Umschuldung)	0	0,00
Kredite (Umschuldung)	3.468.600	4,23
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	10.790.180	13,16
Sonstige Einnahmen	34.777.750	42,42
<b>Gesamt</b>	<b>81.983.830</b>	<b>100,00</b>

## Vermögenshaushalt nach Ausgabearten



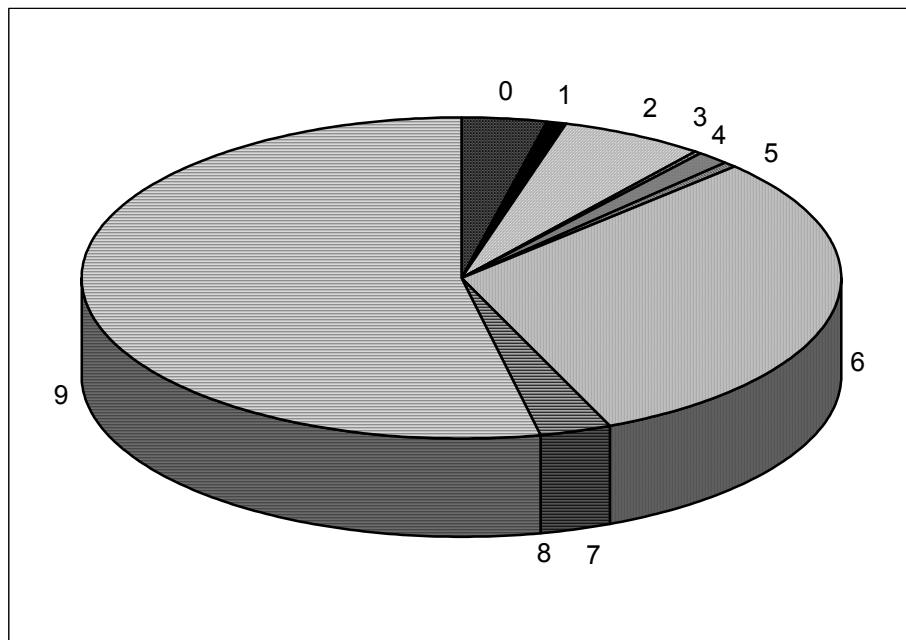
Art	EUR	%
Baumaßnahmen	27.864.470	33,99
Vermögenserwerb	4.345.720	5,30
Ordentliche Tilgung von Krediten	7.204.000	8,79
Kredite (Umschuldung)	3.468.600	4,23
Sonstiges	39.101.040	47,69
<b>Gesamt</b>	<b>81.983.830</b>	<b>100,00</b>

## Vermögenshaushalt nach Einzelplänen (Einnahmen)



Nr.	Vermögenshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	0	0,00
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	142.000	0,17
2	Schulen	1.847.000	2,25
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	48.000	0,06
4	Soziale Angelegenheiten	374.800	0,46
5	Gesundheit, Sport, Erholung	0	0,00
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	20.908.530	25,50
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	1.711.900	2,09
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	34.912.500	42,58
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	22.039.100	26,88
	<b>Gesamt</b>	<b>81.983.830</b>	100,00

## Vermögenshaushalt nach Einzelplänen (Ausgaben)



Nr.	Vermögenshaushalt	EUR	%
0	Allgemeine Verwaltung	2.924.070	3,57
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	695.750	0,85
2	Schulen	5.100.900	6,22
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	162.800	0,20
4	Soziale Angelegenheiten	1.117.870	1,36
5	Gesundheit, Sport, Erholung	418.000	0,51
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	25.229.600	30,77
7	Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	2.605.100	3,18
8	Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	77.000	0,09
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	43.652.740	53,25
	<b>Gesamt</b>	<b>81.983.830</b>	100,00

### 3.5 Haushaltswirtschaftliche Belastungen der Stadt aus Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden

#### 3.5.1 Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an Unternehmen

Derzeit ist die Stadt Zwickau an 11 Unternehmen direkt (davon 1 in Liquidation) und an 6 Gesellschaften indirekt beteiligt. Haushaltsrelevante Beziehungen (Zuschusszahlungen) bestehen zu folgenden Unternehmen (Angaben in T€):

Unternehmen	Haushaltsstelle	Ergebnis 2005	Plan 2006	Plan 2007	Vorgabe HSK*
August Horch Museum Zwickau GmbH	32140.71630	205	205	205	keine
Beschäftigungsförderung Zwickau gGmbH (BFZ)	79120.70220	0	0	0	100
Business and Innovation Centre (BIC) Zwickau GmbH	79110.71710	61	0	0	0
Johannisbad Betriebs GmbH	57201.71520 57300.71520	220	315 <sup>1)</sup>	290	160
Kultur, Tourismus und Messebetriebe Zwickau GmbH (KULTOUR Z.)	84000.71560 Stadthalle	965	946	932	1.129
	84200.63000 "Neue Welt" und Freilichtbühne	215	208	197	
Stadtwerke Zwickau Holding GmbH (SWZ) für Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH (SVZ)	82000.71530	1.164	263	263 <sup>2)</sup>	-828 <sup>2)</sup>
Stadt- und Regionalbahn Projektgesellschaft Zwickau mbH (SRZ)	79700.98500 <sup>3)</sup>	540	315 <sup>5)</sup>	25	0
Theater Plauen-Zwickau gGmbH	33110.70801 städtischer Zuschuss	2.731	2.442	2.272 <sup>6)</sup>	1.941 <sup>4)</sup>
Wirtschaftsregion Chemnitz - Zwickau GmbH Wirtschaftsfördergesellschaft (WIREGmbH)	61010.71310	78	91	91	keine
<b>Summe</b>		<b>6.179</b>	<b>4.785</b>	<b>4.275</b>	

<sup>1)</sup> Haushaltssicherungskonzept

<sup>2)</sup> überplanmäßige Mittel gem. Beschluss des Stadtrates vom 28.09.2006

<sup>3)</sup> Zuschuss 263 T€ abzügl. Kapitalrücklagenentnahme ZEV 1.091 T€ (HHSt. 83400.36500) ergibt Ausschüttungsbetrag von 828 T€ an die Stadt 2007

<sup>4)</sup> im Vermögenshaushalt

<sup>5)</sup> auf die nachfolgenden Erläuterungen wird verwiesen

<sup>6)</sup> ursprünglich geplante Mittel von 270 T€ und überplanmäßig bewilligte Mittel von 45 T€ ergeben Planansatz von 315 T€; auf die nachfolgenden Erläuterungen wird verwiesen

<sup>6)</sup> beinhaltet übertragene Mittel in Höhe von 145 T€ aus dem Jahr 2006

Im Vergleich zum Jahr 2006 sinken damit die Zuschüsse in Summe um 510 T€. Maßgeblich für diese Entwicklung ist die Tatsache, dass die Unternehmen in die Haushaltskonsolidierung mit einbezogen wurden.

Die **August Horch Museum Zwickau GmbH** benötigt jährlich einen Zuschuss zur Absicherung des Museumsbetriebes in Höhe von 410 T€. Dieser Betrag wird hälftig von der Stadt und dem Kulturraum Zwickauer Raum aufgebracht. Gegenüber der an der Gesellschaft beteiligten AUDI AG wurde die Bereitstellung dieser Mittel zugesichert. Im Gegenzug finanzierte die AUDI AG einen Museumsneubau.

Für die **BFZ** ist auf Grund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage kein Zuschuss zur Verlustabdeckung erforderlich.

Ab 2006 erhält die **BIC Zwickau GmbH** keinen Zuschuss. In 2005 wurde ein einmaliger Nachschuss, welcher im Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 09.11.2005 beschlossen wurde, gezahlt. Für die Nutzung der städtischen Immobilie Lessingstraße 4 soll durch die BIC Zwickau GmbH eine echte Mietzahlung i. H. v. 31 T€ an die Stadt erfolgen.

Die **Johannisbad Betriebs GmbH** erhält einen Zuschuss zum Verlustausgleich in Höhe von 290 T€. Damit wird die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes (160 T€) nicht erreicht. Die Zuschussreduzierung auf 160 T€ kann vom Unternehmen nicht kompensiert werden.

Der Stadtrat beauftragte am 26.10.2006 den Oberbürgermeister, die Voraussetzungen für die Übernahme der zur Zeit vom Sportamt betriebenen Bäder (Schwimmhalle Flurstraße und Strandbad Planitz) durch die Johannisbad Betriebs GmbH zu schaffen. In den Haushaltsplänen wurde davon ausgegangen, dass eine Übernahme ab 01.04.2007 erfolgen kann. Hierfür wurde ein neuer Unterabschnitt im Haushaltsplan 2007 eröffnet (57300). Der nun auf die Betreibung des Johannisbades entfallende Zuschuss wurde aufgeteilt auf die bisherige Haushaltsstelle 57201.71520 (I. Quartal 2007) und auf die neue Haushaltsstelle 57300.71520 (II. bis IV. Quartal 2007). Um die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren zu gewährleisten, wurde in der Tabelle am Anfang dieses Abschnittes lediglich der auf die Betreibung des Johannisbadkomplexes entfallende Zuschuss dargestellt. Unter der Voraussetzung, dass die Betreibung aller städtischer Bäder unter dem Dach der Johannisbad Betriebs GmbH ab 01.04.2007 erfolgt, wurden in den Haushaltstellen 57201.71520 und 57300.71520 Zuschüsse von insgesamt 842 T€ veranschlagt. An die Stadt wird für die Nutzung des Johannisbadkomplexes eine Pacht von 31 T€ gezahlt.

An die **KULTOUR Z. GmbH** ist die Zahlung von Zuschüssen und Betreiberentgelten in Höhe von insgesamt 1.129 T€ vorgesehen, was den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes entspricht. Die Stadt vereinbart von der GmbH Mietzahlungen für die Stadthalle (491 T€) und Pachteinnahmen für die Nutzung der „Neuen Welt“ und der Freilichtbühne (39 T€).

Die **Stadtwerke Zwickau Holding GmbH** (SWZ) erhält zur Weiterleitung an die **Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH** (SVZ) einen Zuschuss zum Verlustausgleich in Höhe von 263 T€. Abzüglich der Entnahme der Kapitalrücklage von der Zwickauer Energieversorgung GmbH (ZEV) in Höhe von 1.091 T€ ergibt sich eine Ausschüttung an die Stadt i. H. v. 828 T€. Um einen Liquiditätsengpass und eine damit verbundene Kreditaufnahme durch die SWZ zu vermeiden, wurde die Ausschüttung um ein Jahr verschoben, so dass die ursprünglich in 2006 vorgesehene Zahlung in Höhe von 828 T€ gemäß Haushaltssicherungskonzept in 2007 geleistet wird. In der Summe der beiden Jahre 2006 und 2007 wird somit das Konsolidierungsziel erreicht.

Bei der Zahlung an die **Theater Plauen-Zwickau gGmbH** handelt es sich um den städtischen Anteil des im Grundlagenvertrag zur Fusion der beiden Theater festgeschriebenen Zwickauer Zuschussbetrages. Der Zuschussbedarf an die Theater Plauen-Zwickau gGmbH setzt sich in 2006 wie folgt zusammen:

Zuschuss (einschließlich Mietzuschuss von 409 T€)	2.442 T€
<u>Mieteinnahme</u>	<u>409 T€</u>
Saldierter Zuschuss	2.033 T€

Nach den Vorgaben des Haushaltssicherungskonzeptes sollte der Zuschuss in 2007 im Vergleich zu 2006 um weitere 500 T€ reduziert werden. Eine Reduzierung in dieser Größenordnung ist jedoch nach der Darstellung der Geschäftsführung der Theater Plauen-Zwickau gGmbH nicht vollständig kompensierbar. So kann lediglich ab August 2007 eine echte, von der Stadt Zwickau nicht mehr über den städtischen Zuschuss subventionierte, jährliche Miete von 500 T€ gezahlt werden (Haushaltsstelle 88010.14500). Der auf diese jährliche Miete entfallende Betrag in 2007 beläuft sich auf  $\frac{5}{12}$  (Monate August bis Dezember) von 500 T€, somit also auf 208 T€. Die auf die ersten 7 Monate des Jahres 2007 entfallende anteilige Miete von bisher jährlich 409 T€ beträgt 239 T€ und wird als Mietzuschuss gewährt. Der Zuschussbedarf für 2007 setzt sich wie folgt zusammen:

Zuschuss (einschließlich Mietzuschuss von 239 T€)	2.272 T€
<u>Mieteinnahme</u> ( $\frac{7}{12}$ von 409 T€ zzgl. $\frac{5}{12}$ von 500 T€)	<u>447 T€</u>
Saldierter Zuschuss	1.825 T€

Im Verwaltungshaushalt wäre somit ein Betrag von 2.272 T€ zu veranschlagen gewesen. Da die Vorgabe des Haushaltssicherungskonzeptes um 292 T€ verfehlt wird, hat der Stadtrat im Zusammenhang mit der Verlängerung des Grundlagenvertrages zum Theater am 26.10.2006 (Drucksachen-Nr. 103/06) beschlossen, dass ein 2006 nicht benötigter Betrag von 145 T€ für Bürgergutachten als Haushaltsrest in das Jahr 2007 übertragen und als Zuschuss zur Theaterfinanzierung zur Verfügung gestellt wird. Dadurch kommt es zur Veranschlagung von lediglich 2.127 T€.

Die Gründung der **WIREGmbH** als regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft wurde in der Stadtratssitzung im Januar 2004 beschlossen. Der auf die Stadt Zwickau entfallende Zuschussbedarf des Unternehmens beläuft sich im Jahr 2007 auf 91 T€.

Zum Abschluss der Baumaßnahmen für den Neubau der Stadtbahntrasse erhielt die **Stadt- und Regionalbahn Zwickau Projektgesellschaft mbH** (SRZ) 2006 für die Erstattung der Personal- und Sachkosten einen Zuschuss in Höhe von 270 T€ zuzüglich weiterer hierfür erforderlicher überplanmäßiger Mittel von 45 T€. Diese überplanmäßigen 45 T€ konnten durch Nichtinanspruchnahme von bereits an die SRZ ausgezahlten Honorare für das auf Grundlage eines HOAI-Vertrages übernommene Projektmanagement beim Lückenschluss B 93 kompensiert werden. In 2007 benötigt die Gesellschaft für Restarbeiten zur Stadtbahntrasse einen Betrag in Höhe von 25 T€. Die Wirtschaftsplanung der SRZ ergibt zudem für das Projektmanagement beim Lückenschluss B 93 ein von der Stadt zu leistendes Honorar in Höhe von 380 T€ netto.

### 3.5.2 Zweckverbände

Mit den Zweckverbänden, in denen die Stadt Zwickau Mitglied ist, bestehen finanzielle Beziehungen überwiegend in Form von Umlagezahlungen. Ausnahmen stellen nur die Zweckverbände „Studieninstitut für kommunale Verwaltung Südsachsen“ und „Verkehrsverbund Mittelsachsen“ dar. Folgende Gesamtübersicht ergibt sich (alles in TEUR):

Zweckverband	Haushalts-stelle	RE 2005	Plan 2006	Plan 2007
Zweckverb. f. Tierkörperbeseitigung Chemnitz	11020.71300	1) 12	15	14
Rettungszweckverband Westsachsen / Feuerwehr	13100.71300	2) 132	144	138
Rettungszweckverband Westsachsen / Rettungsd.	54100.71300	3) 8	14	11
Regionaler Planungsverband Südwestsachsen	61010.66100	7	7	4
Industrie- und Gewerbegebiet Zwickau-Mülsen	61010.71300	1	2	1
Technologiepark Zwickau-Stenn-Schönfels	61010.71300	14	12	8
Zweckverband Abfallwirtschaft Zwickau	72100.71300	102	211 4)	295
Regional -Wasser/Abwasser- ZV Zwickau/Werdau	77100.54330	1.683	1.688	1.685
Kulturrbaum Zwickauer Raum / Kulturrbaumumlage	90100.83400	990	1.048	1.045
Kulturrbaum Zwickauer Raum / SGA Theater	90100.83411	1.712	1.712	1.712
Kommunaler Sozialverband Sachsen	90100.83500 ab 2006: 49200.83500	11.473	10.291	10.690
Summe Verwaltungshaushalt		16.134	15.144	15.603
Rettungszweckverband Westsachsen / Feuerwehr	13400.98300 2006: 13400.98301	29	7	0
Industrie- und Gewerbegebiet Zwickau-Mülsen	61010.98300	17	20	23
Summe Vermögenshaushalt		46	27	23
<b>Gesamtsumme</b>		<b>16.180</b>	<b>15.171</b>	<b>15.626</b>

1) - verrechnet mit Erstattung in 2006 (4 TEUR)

2) - zuzüglich Nachzahlung in 2006 (5 TEUR)

3) - verrechnet mit Erstattung in 2006 (20 TEUR)

4) - enthalten sind 185 TEUR für Deponieabschluss Dänkritz (100 TEUR in 2006)

Gründe für wesentliche Änderungen und sonstige Sachverhalte von wesentlicher Bedeutung:

Bei der Umlage an den **Zweckverband Abfallwirtschaft Zwickau (ZAZ)** kommt es im Vergleich zum Vorjahr zu einer deutlichen Steigerung. Die Erhöhung ergibt sich aus der Finanzierung zur begonnenen Baumaßnahme „Abdichtung Deponie Dänkritz“, die bis Ende 2007 abgeschlossen werden muss. Die Belastungen aus den zur Finanzierung des Eigenanteils erforderlichen Darlehensaufnahmen wirken erstmals ganzjährig. Der diesbezügliche Anteil der Umlage beträgt 185 TEUR (2006: 100 TEUR).

Der **Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau (RZV)** erhebt keine Verbandsumlage. Bei den dargestellten Beträgen handelt es sich um die Erstattung der anteiligen Kosten für die Straßenentwässerung, welche die Stadt auf Grundlage des Sächsischen Straßengesetzes zu tragen hat. Der Zahlbetrag ergibt sich rechnerisch aus den Kosten für die Beseitigung des Niederschlagswassers durch die Wasserwerke Zwickau GmbH (WWZ), den verrohrten Straßenflächen und den Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder.

Um eine maximale Landesförderung zu erhalten, ist für die Umlage des **Kulturräumes Zwickauer Raum** die Erhaltung des Vorjahresniveaus Voraussetzung. Im Gegenzug erhalten

kulturelle Einrichtungen und Projekte in Trägerschaft der Stadt Zwickau bzw. ihrer selbstständigen Unternehmen Zuschüsse in Höhe von ca. 6 Mio. EUR.

Der **Landeswohlfahrtsverband Sachsen** wurde 2005 in den **Kommunalen Sozialverband Sachsen** (KSV Sachsen) umgewandelt. Ab 2006 gingen alle bisher auf die Landkreise und kreisfreien Städte delegierten Aufgaben vollumfänglich auf diese über. Durch die Änderungen reduziert sich zunächst der Mittelbedarf des KSV, der über die Sozialumlage zu finanzieren ist. Für die Übernahme der zusätzlichen Aufgaben wird den Landkreisen und kreisfreien Städten über den Finanzausgleich ein Lastenausgleich für die zusätzlichen Ausgaben gewährt. Dieser wird mit der Umlagenschuld verrechnet und führt im Planjahr zur Reduzierung des Zahlbetrages auf ca. 8,9 Mio. EUR.

#### **4. Entwicklung des städtischen Vermögens**

#### **4.1 Vermögen kostenrechnender und anderer öffentlicher Einrichtungen**

Auf der Grundlage von § 37 KomHVO sind über die beweglichen Sachen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, die kostenrechnenden Einrichtungen dienen, Anlagennachweise zu führen. Darüber hinaus können über die beweglichen Sachen, Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, die nicht kostenrechnenden Einrichtungen dienen, Anlagen-nachweise geführt werden.

In den Anlagennachweisen werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie die Abschreibungen mit ihren Veränderungen nachgewiesen. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der Abschreibungen für die Zeit der bisherigen Nutzung ergibt die Restbuchwerte, die Basis für die Verzinsung des Anlagekapitals sind. Das Abzugskapital wird entsprechend abgesetzt. Aufgrund von § 12 KomHVO werden die in den Anlagennachweisen ermittelten Abschreibungen und Zinsen (kalkulatorische Kosten) bei den betreffenden Einrichtungen im Verwaltungshaushalt als Ausgabe veranschlagt. Die Gegenbuchung der Beträge erfolgt als Einnahme im Verwaltungshaushalt Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft. Der kalkulatorische Zinssatz für das Haushaltsjahr 2007 wird in Höhe von 5,5 % festgesetzt.

Insgesamt werden im Haushaltsjahr 2007 kalkulatorische Kosten in Höhe von 2.638.460 EUR veranschlagt, davon 1.310.190 EUR Abschreibungen und 1.328.270 EUR Zinsen. Das im Sinne von § 37 KomHVO nachweispflichtige Vermögen betrug unter Berücksichtigung von Zu- und Abgängen am Ende des Haushaltsjahrs 2005 24.701.599 EUR. Wesentliche Zugänge am beweglichen und unbeweglichen Vermögen ergaben sich dabei in den Bereichen der Feuerwehr und Leitstelle vor allem durch die Anschaffung von zwei Löschfahrzeugen und einem digitalen Alarmierungssystem.

Abgänge im Haushaltsjahr 2005 entstanden hauptsächlich durch planmäßig im Haushaltsjahr angefallene lineare Abschreibungen und sonstiger Vermögensabgänge, wie den Verkauf des Identsystems an die Zwickauer Umweltdienste GmbH & Co. KG und der Übergabe der Schwimmhalle Uhdestraße an einen privaten Investor. Weitere Veränderungen am Vermögen ergaben sich im Bereich des Garten- und Friedhofsamtes. Aufgrund der ab 01.01.2005 geltenden Regelungen zur Einordnung der kommunalen Krematorien als Betrieb gewerblicher Art (BgA) wurden die entsprechenden Einäscherungsanlagen aus dem hoheitlichen Bereich „Krematorium und Friedhöfe“ herausgelöst und dem BgA „Kremation“ zugeordnet.

Übrige Veränderungen am unbeweglichen Vermögen ergaben sich durch die Anpassung der Bodenrichtwerte.

Für alle beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie grundstücksgleichen Rechte, die gemäß § 36 KomHVO in Bestandsverzeichnissen nachzuweisen sind, richtet sich die Verfahrensweise zur Erfassung, Nachweisführung und Behandlung des Vermögens nach der DA 06/02. Eine Nachweispflicht im Sinne von § 43 Abs. 1 KomHVO besteht für das nach § 36 Abs. 1 KomHVO erfasste Vermögen nicht.

#### **4.2 Geldanlagen**

Ausgehend von der bestehenden Kassenliquidität ist im Haushaltsplan 2007 bei der Position Zinseinnahmen aus Festgeldanlagen ein Betrag von 5,0 TEUR veranschlagt. Es wird einge-

schätzt, dass im Verlauf des Jahres nur geringfügige Tagesgeldanlagen vorrangig an Steueterminen möglich sein werden. Neben diesen Einnahmen aus Tagesgeldanlagen werden Zinseinnahmen aus einem bestehenden Bausparvertrag erzielt.

Der im Haushaltsjahr 2006 vorgesehene Betrag für Zinseinnahmen mit 9,0 TEUR wurde realisiert.

Zwischen der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und der Stadt Zwickau wurde 1999 eine Depotvereinbarung über ursprünglich 12 Mio. EUR geschlossen. In das Depot wurde im Zusammenhang mit der Sanierung des Verwaltungszentrums (VWZ) 1999 der Kaufpreis für die Altbausubstanz des VWZ und der Erbbauzins für 20 Jahre eingezahlt. Durch diese Einzahlung und die jährlichen Zinszahlungen wird die Ansparsumme für den Rückkauf des VWZ bzw. eine Verringerung der Mietraten ab dem 10. Mietjahr erreicht. Die Zinszahlung wird im Jahr 2007 681,1 TEUR betragen, so dass der Depotbestand Ende 2007 bei 16,8 Mio. EUR liegen wird.

#### **4.3 Beteiligungen der Stadt Zwickau**

Die Stadt Zwickau ist an folgenden Unternehmen mit folgendem Stammkapital direkt beteiligt

(Angaben in TEUR):

Unternehmen	01.01.2005	Zugang	Abgang	31.12.2005	Zugang	Abgang	31.12.2006
August Horch Museum Zwickau GmbH	13,0	0,0	0,0	13,0	0,0	0,0	13,0
Beschäftigungsförderungsgesellschaft Zwickau gGmbH der Stadt Zwickau	25,6	0,4	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Business- and Innovation Centre Zwickau GmbH	61,4	0,0	0,0	61,4	0,0	0,0	61,4
Gebäude- und Grundstücks-gesellschaft Zwickau mbH	5.200,0	0,0	0,0	5.200,0	0,0	0,0	5.200,0
Johannisbad Betriebs GmbH	25,0	0,0	0,0	25,0	0,0	0,0	25,0
Kultur, Tourismus und Mes-sebetriebe Zwickau GmbH	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH	1.812,6	3,4	889,9	926,1	0,0	0,0	926,1
Stadtwerke Zwickau Holding GmbH	25,6	0,4	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Standortentwicklungsge-sellschaft Zwickau mbH - SEZ i.L.	51,2	0,0	0,0	51,2	0,0	0,0	51,2
Theater Plauen-Zwickau gGmbH	13,0	0,0	0,0	13,0	0,0	0,0	13,0
Wirtschaftsregion Chemnitz - Zwickau GmbH Wirtschaftsfördergesellschaft (WI-REGmbH)	0,0	7,5	0,0	7,5	0,0	0,0	7,5
ILKA Verwaltungs GmbH & Co. KG	25,6	0,0	0,0	25,6	0,0	0,0	25,6
direkte Beteiligungen insge-samt	7.279,0	11,7	889,9	6.400,8	0,0	0,0	6.400,8

Die Stadt Zwickau ist an folgenden Unternehmen mit folgendem Stammkapital indirekt beteiligt  
(Angaben in TEUR):

Unternehmen	01.01.2005	Zugang	Abgang	31.12.2005	Zugang	Abgang	31.12.2006
über Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH:							
SSH Service GmbH	15,3	0,0	0,0	15,3	0,0	0,0	15,3
über Stadtwerke Zwickau Holding GmbH:							
Stadt- und Regionalbahn Zwickau Projektgesellschaft mbH (Tochtergesellschaft der Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH)	26,0	0,0	0,0	26,0	0,0	0,0	26,0
Städtische Verkehrsbetriebe Zwickau GmbH	3.579,0	21,0	0,0	3.600,0	0,0	0,0	3.600,0
Zwickauer Energieversorgung GmbH	17.180,2	0,0	0,0	17.180,2	0,0	0,0	17.180,2
ZUG Zwickauer Umwelt-dienste GmbH & Co. KG	260,7	0,0	0,0	260,7	0,0	0,0	260,7
ZUG Zwickauer Umwelt-dienste Verwaltungs GmbH	20,9	0,0	0,0	20,9	0,0	0,0	20,9
indirekte Beteiligungen insgesamt	21.082,1	21,0	0,0	21.103,1	0,0	0,0	21.103,1
<b>Beteiligungen insgesamt</b>	<b>28.361,1</b>	<b>32,7</b>	<b>889,9</b>	<b>27.503,9</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>27.503,9</b>

## 5. Kostenrechnende und andere öffentliche Einrichtungen

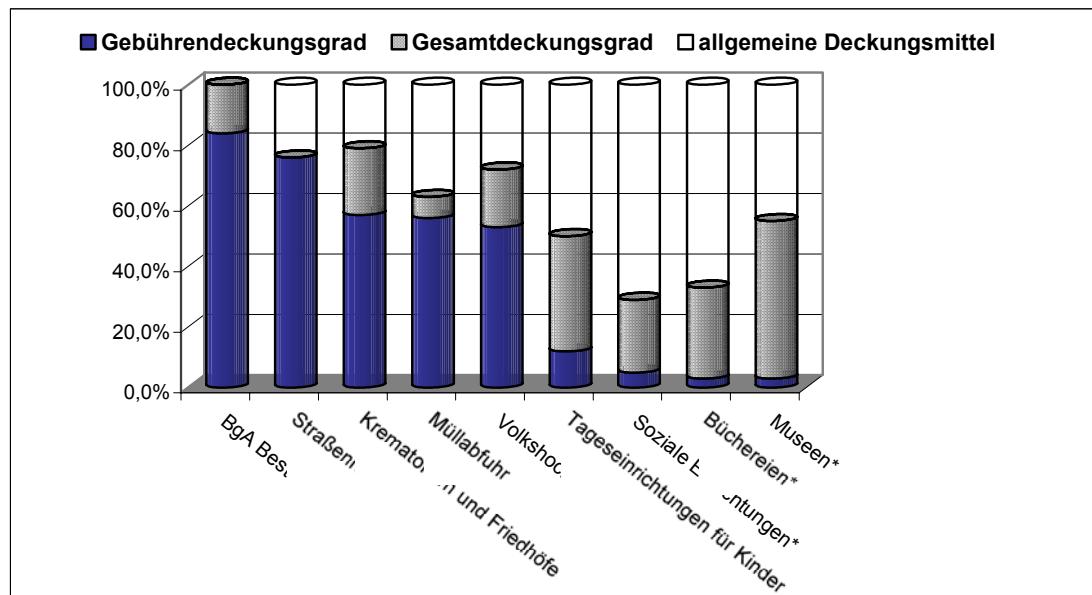
Nach § 12 KomHVO sind kostenrechnende Einrichtungen solche Einrichtungen, die in der Regel ganz oder zum Teil aus Entgelten finanziert werden. Hat das Entgelt nur Schutzfunktion, wie z.B. in den Bereichen Kultur und Soziales handelt es sich nicht um kostenrechnende Einrichtungen. In diesen defizitären Einrichtungen überwiegen größtenteils die einrichtungsspezifischen Einnahmen die Gebühreneinnahmen. In der Reihenfolge des Haushaltsplanes ergeben sich folgende Deckungsgrade:

Deckungsgrad der Einnahmen und Ausgaben 2007 <sup>1)</sup>						
UA Bereich	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR	in v. H. an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes			+/- % gegenüber Vorjahr
			über Gebühren u. ä. Entgelte	über einrichtungs- spezifische Einnahmen	Gesamtdeckung <sup>2)</sup>	
13100 Feuerwehr <sup>3)</sup>	660.510	6.317.040	2,1	8,4	10,5	-0,5
31110 Ratsschulbibliothek	188.000	388.220	0,7	47,7	48,4	-2,6
32110 Städtisches Museum und Zentrum für Industrie- und Sozialgeschichte	402.800	782.570	1,8	49,7	51,5	-1,6
32120 R. Schumann-Haus	238.350	363.200	5,0	60,7	65,6	-3,2
32130 Galerie am Domhof	45.920	98.670	1,0	45,5	46,5	-6,7
35000 Volkshochschule	272.520	377.060	53,2	19,1	72,3	-0,5
35210 Stadtbibliothek	118.650	665.390	5,6	12,2	17,8	0,9
43500 Soziale Einrichtung für Wohnungslose	29.100	275.450	9,8	0,8	10,6	1,0
43510 Wohnhaus für Obdachlose	15.100	32.200	0,3	46,6	46,9	-6,2
46400 Tageseinrichtungen für Kinder	3.981.630	8.024.220	11,7	38,0	49,6	-3,2
54100 Rettungsdienst	491.300	501.640	0,0	97,9	97,9	1,5
67500 Straßenreinigung o. Papierkorbentleerung	357.200	467.520	76,0	0,4	76,4	11,6
72100 Müllabfuhr	2.817.300	4.445.060	55,7	7,7	63,4	-29,8
73100 Jahr- und Wochenmärkte	96.200	123.320	11,4	66,7	78,0	-1,0
<b>Σ</b>	<b>9.714.580</b>	<b>22.861.560</b>				<b>-40,3</b>

Deckungsgrad der Einnahmen und Ausgaben 2007 <sup>1)</sup>						
UA Bereich	Einnahmen in EUR	Ausgaben in EUR	in v. H. an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes			+/- % gegenüber Vorjahr
			über Gebühren u. ä. Entgelte	über einrichtungs- spezifische Einnahmen	Gesamtdeckung <sup>2)</sup>	
<i>Übertrag:</i>	9.714.580	22.861.560				-40,3
75110 Krematorium und Friedhöfe	1.517.130	1.933.030	56,8	21,7	78,5	-2,9
75120 BgA "Bestattung"	660.000	660.310	83,3	16,7	100,0	5,2
75130 BgA "Kremation"	574.880	704.580	63,43	18,2	81,6	5,6
<b>Σ</b>	<b>12.466.590</b>	<b>26.159.480</b>				<b>-32,4</b>

1) Anteil der Benutzungsgebühren u. ä. Entgelte bzw. einrichtungsspezifischen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes dieses Aufgabenbereiches  
2) für den übrigen Teil müssen allgemeine Deckungsmittel der Stadt eingesetzt werden  
3) hier Darstellung der Gesamteinnahmen und -ausgaben - gebührenrelevant ist jedoch nur der Teil, wo Leistungen außerhalb des eigentlichen Feuerschutzes erbracht werden, z. B. Ölunfälle, Kraneinsatz

### Deckungsgrade ausgewählter kostenrechnender und anderer öffentlicher Einrichtungen im Plan 2007 in Prozent



darin enthalten:

\*) Büchereien:

Ratsschulbibliothek, Stadtbibliothek,

\*) Museen

Städtisches Museum, R.-Schumann-Haus, Galerie am Domhof

\*) soziale Einrichtungen:

Soziale Einrichtung für Wohnungslose, Wohnhaus für Obdachlose

## 6. Entwicklung der Rücklagen und Verbindlichkeiten

### 6.1 Rücklagen

Die allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern. Es sollen ferner Mittel zur Deckung des Ausgabebedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre angesammelt werden, um einen unvertretbar hohen Kreditbedarf zu vermeiden. Zu diesem Zweck muss ein Mindestbetrag vorhanden sein, der sich auf 2% der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre beläuft.

Der Mindestbetrag für die allgemeine Rücklage 2007 errechnet sich wie folgt:

Haushaltsjahr	Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	EUR
---------------	------------------------------------	-----

2004 RE	174.444.241
2005 RE	190.683.481
<u>2006 Planansatz</u>	<u>191.384.450</u>

Durchschnitt	185.504.057
2 % Mindestbestand	3.710.081

Der Bestand der allgemeinen Rücklage beträgt zum Jahresbeginn 2006  
19.116.660 EUR und am Jahresende 2006 **19.770.150 EUR**

darin zweckgebunden enthalten für:	EUR
- Depoteinlage Verwaltungszentrum	-16.120.717
- Märkte	-581
- Feuerwehr, Dienst- und Schutzkleidung	-9.140
- Feuerwehr	-5.181
- Spenden für Jugendeinrichtungen	-6.848
- Jugendamt für Spielbus	-4.000
<b>verbleiben:</b>	<b>3.623.683</b>

Der Mindestrücklagenbestand wird damit zunächst nicht erreicht.

Im Jahr 2007 sind zweckgebundene Zuführungen in Höhe von 1.081.110 EUR geplant. Davon sind 681.110 EUR vorgesehen für Zinsen Depoteinlage VWZ und 400.000 EUR zur Absicherung Bürgschaft Schloss Osterstein. Entnahmen sind in 2007 nicht vorgesehen.

Die allgemeine Rücklage wird am jeweiligen Jahresende voraussichtlich folgenden Stand haben:

2007	20.851.260 EUR
2008	22.961.138 EUR
2009	22.790.674 EUR
2010	23.190.674 EUR

Die Entwicklung aller Rücklagen ist der Anlage 4 zu entnehmen

## 6.2 Entwicklung des Schuldenstandes

Der Ist-Schuldenstand der Stadt Zwickau aus der Aufnahme von Krediten liegt am Jahresende 2006 bei 94.069,1 TEUR.

Gemäß VwV Kommunale Haushaltswirtschaft kommen die bei einer Leasingfinanzierung und sonstigen kreditähnlichen Rechtsgeschäften zu übernehmenden langfristigen Zahlungsverpflichtungen wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleich. Sie sind in der Vermögensrechnung und in der Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden als kreditähnliche Rechtsgeschäfte jeweils in Höhe des Barwertes auszuweisen.

Unter Einbeziehung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte erhöht sich demzufolge der oben genannte Betrag um 29.610,1 TEUR auf insgesamt 123.679,2 TEUR.

Da im Haushaltsjahr 2007 Kreditaufnahmen nicht vorgesehen sind, wird sich am Jahresende 2007 ausgehend von der geplanten Tilgung ein voraussichtlicher Schuldenstand von 86.825,9 TEUR bzw. von 113.969,8 TEUR einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte ergeben. Damit wird sich der Gesamtschuldenstand im Verlauf des Jahres 2007 um 9.709,4 TEUR verringern. Die Pro Kopf Verschuldung wird sich im Laufe des Jahres 2007 um 87,60 EUR je Einwohner auf 1.164,95 EUR je Einwohner verringern.

Umschuldungen von Krediten sind mit 3.468,6 TEUR im Haushaltsplan enthalten.

Für Kommunalkredite sind im Plan 2007 Zinszahlungen in Höhe von 4.601,0 TEUR veranschlagt.

In der Anlage des Haushaltsplans ist die Entwicklung des Schuldenstandes einschließlich der Verschuldung je Einwohner für den Zeitraum 2004 bis 2007 dargestellt.

Da gemäß § 3 Satz 2 Nummer 1 KomHVO die Entwicklung der Schulden bzw. die Entwicklung der Zinsbelastung nicht nur in den vorangegangenen Jahren darzustellen ist, sondern gleichfalls die voraussichtliche Entwicklung im Finanzplanungszeitraum, enthält die Anlage eine ergänzende Übersicht der Schuldenstandsentwicklung und der Zinsbelastung bis 2010.

Ausgehend von der Gesamtzahlungsverpflichtung aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, einschließlich zu zahlender Zinsen, sind im Haushaltsplan 2007 insgesamt 3.620,5 TEUR vorgesehen.

Am Jahresende 2006 liegt die Gesamtzahlungsverpflichtung aus abgeschlossenen kreditähnlichen Rechtsgeschäften entsprechend nachfolgender Übersicht bei 38.089,8 TEUR.

Vorhaben	Stand Verbindlichkeit 01.01.2006	Zugang 2006	Abgang 2006 Leasing- bzw. Miet(kauf)raten	Stand Verbindlichkeit 31.12.2006
Leasing saniertes VWZ*)	21.697,2		1.982,0	19.715,2
Mietkauf ehem. Kaserne	1.948,9		307,2	1.641,7
Stadthalle	16.872,6		1.022,6	15.850,0
Fahrzeuge	207,4	77,0	100,7	183,7
EDV	124,5	764,4	189,7	699,2
gesamt:	40.850,6	841,4	3.602,2	38.089,8

\*) Leasingzahlungen für das sanierte Verwaltungszentrum sind bis zum Jahr 2019 (Grundlaufzeit) zu leisten. Mit Ablauf der Grundlaufzeit kann die Stadt Zwickau das VWZ gemäß dem abgeschlossenen Ankaufrechtsvertrag zu einem Optionspreis von 18.006,1 TEUR (entsprechend vorläufiger Schlussrechnung) erwerben. Die Mittel stehen zu diesem Zeitpunkt aus der mit der Landesbank Hessen-Thüringen abgeschlossenen Depotvereinbarung (Punkt 4.2) zur Verfügung.

Die Mittel für den Rückkauf sind zweckgebunden in der allgemeinen Rücklage enthalten und werden unter Punkt 6.1. „Rücklagen“ nachgewiesen.

### **6.3 Ausfallbürgschaften**

Am Jahresanfang 2006 bestanden keine Ausfallbürgschaften aus Vorjahren.

Im Zusammenhang mit dem Investitionsvorhaben Schloss Osterstein wurde 2006 die Bestellung einer Sicherheit zugunsten Dritter notwendig. Auf dem Areal des Schlosses Osterstein soll bis Oktober 2008 ein modernes Seniorenpflegeheim entstehen. Mit Bescheid vom 11.04.2006 wurde die Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Zwickau zur Besicherung der von der Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH Zwickau zu leistenden Mietzinszahlungen für das zu errichtende Seniorenpflegeheim bis zu einem Höchstbetrag von 7.753,9 TEUR gemäß § 83 Abs 2 i. V. m. § 82 Abs 2 SächsGemO rechtsaufsichtlich genehmigt.

Im September 2006 wurde mit den Arbeiten zur Sanierung und zum Wiederaufbau des Schlosses begonnen.

## 7. Entwicklung der Nettoinvestitionsrate

<b>Ansatz</b>	<b>- in TEUR -</b>		<b>Voraussichtliche Entwicklung entsprechend Finanzplan für die Jahre</b>		
	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Zuführung an den VMH	10.161	10.790	11.162	10.899	10.546
<b>abzüglich:</b>					
ordentliche Tilgung	7.182	7.204	7.230	7.221	7.262
Kreditbeschaffungskosten	85	100	100	100	100
gestundeter Kaufpreis Kaserne	240	240	240	240	240
Leasingraten Verwaltungszentrum	1.982	1.982	1.982	2.216	2.544
Depot Verwaltungszentrum	654	681	710	430	0
Leasingraten Fahrzeug / Forst	18				
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>608</b>	<b>900</b>	<b>692</b>	<b>400</b>
<b>abzüglich weitere zweckgebundene Zuführungen:</b>					
Zuführung Rücklage Schloss Osterstein		400	400	400	400
Theater - Mieteinnahmen		208	500	292	
<b>Nettoinvestitionsrate</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

## 8. Vergleich des Haushaltsplanes mit dem Finanzplan 2006

Der Haushaltsplan 2007 weicht vom Finanzplan 2006 wie folgt ab:

	Einnahmen * und Ausgaben des VWH TEUR	im VWH enthaltene Zuführung vom VMH zum Ausgl. Fehlbetrag TEUR	Einnahmen und Ausgaben des VMH TEUR
nach dem Finanzplan 2006	193.162	18.293	77.368
nach dem Haushaltsplan 2007	193.306	10.881	81.984

- \* In den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes ist die Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Ausgleich des Fehlbetrages des Verwaltungshaushaltes enthalten.

Finanzplan 2006 und Haushaltsplan 2007 weichen im Volumen des Verwaltungshaushaltes insgesamt nur unerheblich voneinander ab.

Betrachtet man jedoch den Verwaltungshaushalt ohne Ausgleich des Fehlbetrages durch den Vermögenshaushalt, ist festzustellen, dass der im Finanzplan enthaltene Fehlbetrag von 18.693 TEUR um 7.412 TEUR deutlich reduziert werden konnte. Diese Verbesserung ist auf nachfolgend aufgeführte Änderungen zurückzuführen:

	zu erwartende Einnahmen bzw. Ausgaben 2007 nach dem Finanzplan TEUR	im Haushaltsplan 2007 veranschlagte Einnahmen bzw. Ausgaben TEUR	Diff. TEUR
Gemeindeanteil a. d. Einkommensteuer	9.534	10.569	1.035
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	6.001	6.819	818
Allgemeine Schlüsselzuweisungen	50.016	55.969	5.953
Leistungsbeteiligung des Landes (Hartz IV)	7.928	11.817	3.889
Leistungsbeteiligung des Bundes Hartz IV	6.945	8.188	1.243
Gebühren u. ä. Entgelte	12.215	10.113	- 2.102
Personalausgaben	61.970	57.816	4.154
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	31.434	32.057	- 623
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung Hartz-IV	24.533	26.873	- 2.340
Zuschüsse an kommunale Sonderrechnung	1.834	2.478	- 644
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (u.a. Kita freie Träger)	8.517	10.923	- 2.406
Sonst.Finanzausgaben	32.921	31.767	- 795

Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes lt. Finanzplan des Vorjahres und der Haushaltsplanung 2007 weichen um 4.616 TEUR voneinander ab.

Innerhalb der einzelnen Maßnahmen waren aber dennoch Veränderungen erforderlich.

## 9. Entwicklung der Kassenlage

Im Verlauf des Jahres 2006 war es fast durchgängig notwendig, Kassenkredite in Anspruch zu nehmen. Dabei lag die durchschnittliche Inanspruchnahme 2006 bei rd. 2,6 Mio. EUR. Bis Ende 2006 waren für Kassenkredite Zinsen in Höhe von 70,8 TEUR zu zahlen, wobei der Zinssatz für die gewährten Kassenkredite zwischen 2,5 % und 3,0 % lag. Im Haushaltsplan 2006 sind für Kassenkreditzinsen 351,0 TEUR eingestellt. Im Haushaltsplan 2007 wurde der für Kassenkredite vorgesehene Zinsbetrag auf 200,0 TEUR reduziert. Die Inanspruchnahme des Kassenkreditrahmens 2007 wird in starkem Maße abhängen von der Höhe und dem Zeitpunkt des Eingangs der Einnahmen aus dem vorgesehenen Verkauf von 3.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten der Gebäude- und Grundstücksgesellschaft Zwickau mbH (Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.06.2006 – DS-Nr. 099/06).

Der für 2007 in der Haushaltssatzung veranschlagte Höchstbetrag der Kassenkredite liegt analog dem Vorjahr bei 36 Mio. EUR.

Diese Größenordnung liegt unter einem Fünftel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen und bedarf demnach gemäß § 84 Abs. 2 SächsGemO keiner rechtsaufsichtlichen Genehmigung.

## **10. Innere Verrechnungen**

Die Erstattung von Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten soll gemäß § 14 Abs. 4 KomHVO veranschlagt werden, soweit es für die Berechnung der Kosten einzelner Leistungen oder Maßnahmen oder für eine Kostenrechnung erforderlich ist. D. h., die Verrechnung von Verwaltungskosten erfolgt in erster Linie bei Einrichtungen, bei denen die Höhe der insgesamt nachgewiesenen Kosten Einfluss auf die Kalkulation von Gebühren und privatrechtlichen Entgelten hat. Diese Einrichtungen haben deshalb für die Inanspruchnahme anderer Dienststellen der Verwaltung, die Querschnittsaufgaben bzw. Aufgaben Zentraler Dienste wahrnehmen, Verwaltungskosten zu erstatten. Durch die Verrechnung der Verwaltungskosten wird der vollständige Ausweis der Kosten in den erstattungspflichtigen Einrichtungen sichergestellt.

Die Verwaltungskosten werden im Verwaltungshaushalt bei den Gruppierungsnummern 169 als Einnahme und 679 als Ausgabe nachgewiesen. Die Veranschlagung dient ausschließlich der Kostendarstellung.

Bei der Verrechnung von Verwaltungsleistungen kommen vorrangig pauschale Verfahren zur Anwendung.

Die zu verrechnenden Verwaltungskosten setzen sich aus den Bestandteilen Personal-, Sach- und Verwaltungsgemeinkosten zusammen. Zuschläge für Sach- und Verwaltungsgemeinkosten werden nach der VwV Kostenfestlegung 2005 aufgeschlagen.

Die Verteilung der ermittelten Verwaltungskosten kann durch

- Schlüsselung (Stellen-, Ausgaben- oder Fallzahlenschlüssel) und/oder
- Ermittlung von Arbeitszeitanteilen

erfolgen.

Die Leistungen der Querschnittsämter werden 2007 analog dem Vorjahr überwiegend nach einem Stellenschlüssel verrechnet. Auf der Basis eines Fallzahlen- bzw. Ausgabenschlüssels werden die Leistungen der Stadtkasse (SG Zahlungsverkehr) und der Kämmerei (SG Haushalt) auf die erstattungspflichtigen Einrichtungen verteilt.

Neben den Verwaltungskosten der Querschnittsämter werden weitere Personal- und Sachkosten zwischen Unterabschnitten des Haushaltsplanes als interne Leistungsverrechnung veranschlagt (z. B. im Feuerschutz/Brandschutz Verrechnung zwischen Feuerwehr und Leitstelle).

Als Basis für den Planansatz 2007 der Inneren Verrechnungen wurde das Rechenergebnis 2005 herangezogen. Verwaltungskostenerstattungen sind im Plan 2007 mit insgesamt 2.276,3 TEUR veranschlagt.

Eine Einzelaufstellung zur Inneren Verrechnung enthält nachfolgende Tabelle.



<b><i>Innere Verrechnung</i></b> <b><i>Verwaltungskosten,</i></b> <b><i>Sach-/Personalkosten</i></b> <b><i>zwischen UA'en</i></b>	<b>Haushalts- plan 2007</b>	<b>VHS</b>	<b>Obdachlosen- unterkunft</b>	<b>Adoptions- vermittlung</b>	<b>Straßen- reinigung</b>	<b>Abfallbeseit. Müllabfuhr</b>	<b>Bestattungswesen</b>		
			43500	45700	67500	72100	75110	75120	75130
			35000	43510					
<u>Rechnungsprüfungsamt</u>			850						
01000.16900	<b>18.920</b>	890	340	600	980	5.580	7.520	1.480	680
<u>Hauptverwaltung</u>			1.710						
02000.16900	<b>38.170</b>	1.790	690	1.200	1.960	11.240	15.230	2.980	1.370
<u>Personalverwaltung</u>			2.270						
02200.16900	<b>50.680</b>	2.380	910	1.590	2.610	14.960	20.170	3.970	1.820
<u>Sicherheitstechn. D.</u>			260						
08002.16900	<b>5.880</b>	280	110	180	300	1.740	2.340	460	210
<u>Rechtsamt</u>			1.110						
02300.16900	<b>24.800</b>	1.170	450	780	1.280	7.320	9.860	1.940	890
<u>Kämmerei</u>			1.480						
03000.16900	<b>21.390</b>	1.910	170	960	1.400	6.480	5.540	2.180	1.270
<u>Stadtresse</u>			230						
03100.16900	<b>77.390</b>	3.700	190	120	3.890	61.700	3.550	2.140	1.870
<u>Liegenschaftsamt</u>			450						
03500.16900	<b>4.690</b>		180	310	510	2.930		310	
<u>Datenverarbeitung</u>			3.040						
06010.16900	<b>46.080</b>	3.250	1.260	2.200	3.560	20.420	9.020	2.390	940
<u>Beschaffung</u>									
06020.16900	<b>5.850</b>	460		300	500	2.900	1.110	460	120
<u>Druckerei</u>			280						
06030.16900	<b>6.290</b>	300	120	200	330	1.840	2.500	490	230
<u>Hochbauamt</u>									
60100.16900	<b>43.620</b>			1.740	2.870	15.950	21.320	1.740	
<u>G.- und Friedhofsamt</u>									
58100.16900	<b>112.050</b>						45.230	44.190	22.630
<u>Krem. u. Friedhöfe</u>									
75110.16900	<b>337.650</b>							173.660	163.990
<u>Umweltamt</u>									
11120.16900	<b>849.600</b>				125.500	724.100			
<u>Schulverw.amt</u>									
20000.16900	<b>33.660</b>	33.660							
<u>Sozialverwaltung</u>			8.720						
40000.16900	<b>12.780</b>		4.060						
<u>Verwaltung Jugendhilfe</u>									
40700.16900	<b>1.130</b>			1.130					
<b>Σ 1.690.630</b>		49.790	20.400	11.310	145.690	877.160	143.390	238.390	196.020
Gruppierung		.67900	.67900	.67900	.67900	.67900	.67900/10	.67900/10/20	.67900/10

<b>Innere Verrechnung</b> <i>Verwaltungskosten, Sach-/ Personalkosten</i>	Haushaltsp- lan <b>2007</b>	Leitstelle	Rettungs- dienst	Rettungs- dienst	Sportamt Freibäder	Sportamt Hallenbäder	Bestattungswesen			Finanz- wirtsch.	
							hoheitlich	gewerblich			
<u>Rechtsamt</u> 02300.16920	<b>9.300</b>	9.300									
02300.16910	<b>6.860</b>						4.400	2.020	440		
<u>Feuerwehr</u> 13100.16900	<b>405.140</b>		405.140								
<u>Feuerwehr</u> 13100.16910	<b>109.470</b>	109.470									
<u>Rettungsdienst</u> 54100.16900	<b>5.100</b>	5.100									
<u>Leitstelle</u> 13400.16900	<b>2.300</b>			2.300							
<u>Sportamt</u> 55000.16900	<b>10.000</b>				5.000	5.000					
<u>Krem. u. Friedhöfe</u> 75110.16930	<b>1.740</b>									1.740	
75130.16930	<b>13.180</b>									13.180	
75110.16920	<b>22.610</b>							22.610			
<b>Σ</b>	<b>585.700</b>	123.870	405.140	2.300	5.000	5.000	4.400	24.630	440	14.920	
		Gruppierung	.67900/10/20	.67900	.67910	.67900	.67900	.67910	.67920	.67910	.67930
<b>Innere Verrechnungen</b>											
<b>gesamt (Plan):</b>											
<b>2.276.330</b>											

## 11. Übersicht über ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der neuen Stadtteile

(Angaben in EUR)

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
<b>Hauptverwaltung</b>									
06000.14000	Mieten und Pachten	65		569		591		2.107	
06000.16700	Umlage BK	65	46			316	105	550	
06000.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	65	800	300		800	300	200	100
02000.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	11	100	100		100	100	100	100
06000.54100	Heizung und Energie	65	6.151	1.328		5.257	529	3.405	743
06000.54200	Reinigung	65	2.300	2.200		1.000			
06000.54300	Wasser, Abwasser	65	462			793		505	
06000.54400	Abgaben, Müllabfuhr	65	205			95		42	
06000.54500	Betriebskosten	65	1.991	4.388			2.699		2.612
02000.65000	Bürobedarf	11	750	250		300	300	100	100
02000.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	11	50	50		50	260		50
02000.65200	Portogebühren	11	50	50		100	50	50	50
02000.65210	Fernsprechgebühren	11	600	900		500	450	250	400
02010.65220	Wartung Telefon	11	400						
<b>Jagdschutz</b>									
11100.10000	Jagdschutz Verw.gebühren	67	150			150	330		
11100.67100	Jagdabgabe	67	80			80	180		
<b>Feuer-, Brandschutz</b>									
13100.40000-	Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeit	37	885	1.755		885	920	615	650
13100.40220									
13100.50000	Unterhaltung Grundstücke u. baul. Anlagen	65	160	260		220	310	180	200
13100.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	37	100	100		100	100	100	100
13100.52200	Wartungskosten	37	40	450		50	205		25
13100.53000	Mieten und Pachten	37		66.900					
13100.54100	Heizung, Energie	65	5.725	3.243		6.306	4.422	2.340	2.872
13100.54200	Reinigung	37	425						
13100.54300	Wasser, Abwasser	65				690	852	240	384
13100.54500	Betriebskosten	65	3.350						
13100.55000 -	Haltung v. Fahrzeugen	37	1.725	1.475		2.455	3.046	770	625
13100.55200									
13100.65000	Bürobedarf	37	240	240		240	240	240	240
13100.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	37	165	165		165	165	165	165

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
13100.66100	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	37	705	1.170		505	470	360	685
13100.66870	Kameradschaftspflege	37	760	2.200		750	880	940	1.410
<b>Leitstelle</b>									
13400.65210	Fernsprechgebühren	37	495	395		435	420	165	150
13400.65220	Wartungskosten f. Telefonanlage	37	110	220		220	110	110	110
<b>Grundschulen</b>									
21100.14700	Vermietung von Schulräumen	40	5.350	4.050					
21100.15100	Erstattung priv. Telefongebühren	40	10	10					
21100.16700	Kostenerstattung durch Fremdnutzer	40	4.500						
21100.50000	Unterh.d.Grundstücke u. baul. Anlagen	40	8.000	8.000					
21100.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	40	1.500	2.000					
21100.52010	Material für Hausmeister	65	500	500					
21100.54100	Heizung u. Energie	65	31.060	33.000					
21100.54200	Reinigung	40	28.000	21.000					
21100.54300	Wasser, Abwasser	65	2.800	4.000					
21100.54400	Entsorgung Ausrüstungsgegenstände	40	500	500					
21100.54410	Abgaben, Müllabfuhr usw.	65	1.500	2.000					
21100.59100	Lehr- u. Unterrichtsmittel	40	1.000	1.000					
21100.59200	Lernmittel	40	1.500	1.500					
21100.59210	Schulbuchversorgung	40	2.000	2.000					
21100.65000	Bürobedarf	11	100	100					
21100.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	11	50	50					
21100.65200	Porto	11	50	50					
21100.65210	Fernsprechgebühren	40	500	500					
<b>Mittelschulen</b>									
2250054100	Heizung u. Energie	65				15.000			
2250054300	Wasser, Abwasser	65				1.500			
2250054400	Abgaben, Müllabfuhr usw.	65				300			
<b>Schülerbeförderung</b>									
29010.16800	Erstattung Schülerbeförderungskosten	40							
29010.63900	Schülerbeförderungskosten	40	9.025	38.200					
29010.63910	Unterrichtswegekosten	40	980	1.800					

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
	<b>Stadtmedienstelle</b>								
29510.15310	Erstattg. Kopierausgaben f. Unterricht	40	260	350					
	<b>Kulturelle Angelegenheiten / Einrichtungen</b>								
30000.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	41							1.530
30000.54100	Heizung, Energie	41				360			1.640
30000.54200	Reinigung	41							350
30000.54300	Wasser, Abwasser	41							600
30000.54400	Abgaben, Müllabfuhr	41							100
30000.58600	Sachausgaben f. eigene kultur. Veranstaltungen	41	480	223		205	788	223	788
30000.58670	Vereinsförderung	41	429	223			500	223	1.760
35210.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	41				300			
35210.54100	Heizung, Energie	41					4.788		
35210.54300	Wasser, Abwasser	41					732		
35210.58700	Bücherbeschaffung für Bibliotheken	41					1.020		510
35210.58720	Spez. Sachausgaben zur Unterhalt d. Bibliothek	41					186		
	<b>Einrichtungen der Jugendarbeit</b>								
46000.50000	Einricht. d. Jugendarbeit, Unterhalt. Grundstücke	65		150					
46000.52000	Geräte und Ausstattungen	51		50					
46000.57800	weitere Verbrauchs- u. Betriebsmittel	51		40					
46000.58300	Freizeit- u. Gemeinschafts- veranstaltungen	51		2.000					
	<b>Kindertageseinrichtungen</b>								
46400.11101	Elternbeiträge	51		50.900		104.800			
46400.17100	Landeszweisungen	51		104.000		217.500			
46400.50000	Unterhaltung Grundstücke	65		2.500		8.000			
46400.52000	Geräte und Ausstattungen	51		1.500		2.000			
46400.54100	Heizung und Energie	65		15.000		32.000			
46400.54200	Reinigung	51		14.300		1.800			
46400.54300	Wasser / Abwasser	65		4.000		6.000			
46400.54400	Abgaben / Müllabfuhr	65		3.000		3.000			
46400.57800	Weitere Verbrauchsmittel	51		70		130			

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
46400.59000	Spiel- u. Beschäftigungs-material	51		1.100		2.110			
46400.65000	Büromaterial	51		180		350			
46400.65100	Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	51		30		60			
46400.65210	Fernsprechgebühren	51		300		950			
<b>Förderung Kindertageseinrichtungen</b>									
47500.17100	Landeszuweisungen	51	145.700						
47500.71801	Förder.v.Kita, Zuschüsse Land	51	145.700						
47500.71802	Förder.v.Kita, Zuschüsse Stadt	51	185.900						
47900.76700	Förderung der Jugend-arbeit	51				4.500	2.000	7.900	
<b>Sportförderung</b>									
55000.70110	Zuschüsse an Vereine entspr. Mitgliederstärke	52	1.014	668	1.282	3.218	181		30
<b>Sporthallen</b>									
56100.11900	Nutzungsentgelte Sporthallen	52		3.250		1.810			
56100.14000	Mieten u. Pachten Sporthallen	52				2.330			
56100.16770	Betriebskostenerstattung	52				216			
56100.51000	Unterhalt. d. sonst. unbew. Vermögens	52		2.200		2.500			
56100.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	52		600		1.000			
56100.54100	Heizung, Energie Sporthallen	52		10.100		21.900			
56100.54200	Reinigung	52		200		300			
56100.54300	Wasser/Abwasser	52		1.100		2.700			
56100.54400	Abgaben, Müllabfuhr usw.	52		500		1.300			
56100.57500	Chemikalien u. Verbrauchsmaterial	52		500		400			
56100.65210	Fernsprechgebühren	52		220		340			
<b>Sportplätze</b>									
56200.14000	Mieten, Pachten	52	13.100		1.100	610			
56200.15710	Rückerstattungen Vorjahr	52	5.000						
56200.16700	Erstattung Betriebskosten	52	2.000		275				
56200.51000	Unterhaltung d. sonst. unbew. Vermögens	52	1.800		300	300			
56200.53000	Mieten und Pachten	52	1.770						
56200.54100	Heizung, Energie	52	7.800						

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
56200.54300	Wasser, Abwasser	52	4.600						
56200.54400	Abgaben, Müll	52	1.600						
56200.64110	Umsatzsteuer	52	1.580						
<b>Sonstige Sportanlagen</b>									
56300.14000	Mieten und Pachten					220			
<b>Freibäder</b>									
57100.14200	Mieten und Pachten			580					
<b>Öffentliches Grün, Parkanlagen</b>									
58000.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	67	170	310	60	360	270	180	130
58000.52000	Geräte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegenst.	67	20	180	10	80	60	10	10
58000.52100	Arbeitsgeräte, Werkzeuge, Maschinen	67	90	980	40	140	100	80	60
58000.53000	Mieten u. Pachten	67	50	1.650	20	180	120	10	30
58000.53100	Leasing von Fahrzeugen	67	200	2.700	60	460	380	180	210
58000.53220	Leasing von Arbeitsgeräten	67	230	1.300	80	550	450	230	260
58000.54100	Heizung, Energie	67	40	580	20	150	130	40	30
58000.54200	Reinigungsleistungen	67	60	310	10	100	80	10	10
58000.54220	Reinigungsmaterial	11	10	40	10	20	10	10	10
58000.54300	Wasser, Abwasser	67	10	120	10	20	10	10	10
58000.54400	Abgaben, Müllabfuhr usw.	67	480	1.350	110	650	390	180	140
58000.55000	Haltung von Fahrzeugen	67	320	2.050	180	650	350	270	280
58000.56000	Dienst- u. Schutzbekleidung	67	30	340	10	90	50	30	10
58000.56200	Aus- u. Fortbildung	11	20	90	10	20	20	10	10
58000.57600	Material zur Bepflanzung	67	80	450	50	280	220	120	180
58000.65000	Bürobedarf	10	10	20	10	10	10	10	10
58000.65100	Bücher, Zeitungen	10	10	20	10	10	10	10	10
58000.65210	Fernsprechgebühren	10	40	430	40	150	260	50	40
<b>Garten- u. Friedhofsamt, Spielplätze u. Anpflanzungen</b>									
58100.51200	Unterhaltung Parks, Spielplätze u. Grünflächen	67	4.800	500					
<b>Gemeindestraßen</b>									
77100.51100	Unterhaltung von Gemeindestraßen	66	4.200	2.700	600	2.400	1.500	2.100	1.500
77100.53000	Mieten u. Pachten	66				2.400			

HH-Stelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rott-manns-dorf	Schlunzig
77100.54110	Energie Lichtsignalanlagen	66			520	1.130	490		
77100.54401	Deponiekosten	66					4.500		
77100.57100	Baumaterial	66	6.400	2.400	1.200	5.600	1.200	2.000	1.600
77100.57120	Winterdienstmaterial	66	4.000	2.500	1.000	6.800	1.500	2.500	1.000
<b>Straßenbeleuchtung</b>									
67000.51000	Unterhaltung v. Straßenbeleuchtungs- anlagen	66	2.000	1.500	800	3.500	400	400	400
67000.54110	Energiekosten Straßenbeleuchtung	66	9.500	11.500	1.500	16.000	4.400	4.000	3.600
67000.57100	Baumaterial	66	4.000	2.000	500	1.500	500	500	500
<b>Unterhaltung Gewässer 2. Ordnung</b>									
69000.51600	Unterhaltung Gewässer 2. Ordnung	66		2.500		1.500	500		1.000
69000.53000	Mieten u. Pachten	66		300					
69000.54800	Deponiekosten	66		1.000		800		300	300
69000.57100	Baumaterial	66		1.000		500		200	400
<b>Friedhöfe</b>									
75100.16100	Erstattung v. Land- Kriegsgräberfürsorge	67	70						
75110.50000	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	67	250						250
75110.54100	Heizung, Energie	67							260
75110.54300	Wasser, Abwasser	67							100
75110.70010	Zuschüsse an kirchl. Einr.	67	70						
<b>Allgemeines Grundvermögen</b>									
88010.50100	Unterhaltung d. Grundstücke u. baul. Anlagen	65					775		
88010.50100	Unterhaltung städt. Grundst., Kleingärten	67		1.500		520	460	500	120
88010.14400	Mieten u. Pachten	65	8.838	6.483	1.018	4.478	2.656	147	418
88010.14010	Erbaurechte	65		409			700		455
88010.54400	Grundsteuer	65	325	124				34	
88010.54401	Abgaben, Grundsteuer, Str.rein.geb.	67	1.240	2.960		130	340	30	90
88010.54500	Betriebskosten	65					116		
88010.63400	Straßenreinigung	65						33	

## Vermögenshaushalt

(Angaben in Euro)

HHStelle	Bezeichnung	StA	Cains-dorf	Crossen	Hüttels-grün	Mosel	Ober-rothenbach	Rottm.-dorf	Schlun-zig
06000.94182	Verwaltungsgebäude Caindsorf	65	10.000						
21100.94600	Grundschule Crossen, Fluchttreppe	65		100.000					
46400.93590	Ausstattung von Kita's	50				4.000			
58000.95130	Baumaßnahmen öffentl. Spielplätze	67		2.000		4.500			
	<u>Sanierungsgebiet Crossen</u>								
61524.36100	Inv. Zuweisung des Landes	69		12.000					
61524.94854	Leistungen Sanierungsträger/Honorar	69		10.000					
61524.98800	Inv. Zuschüsse an private Dritte	69		8.000					
63041.93250	Grunderwerb (nachtr. Ankauf v. Privat)	65	16.600	650		1.590			
69000.95746	Hochwasserschutz Schneppend. Bach	66		130.000					
	<u>GE/GIBüttenstraße</u>								
79115.32800	Inanspruchnahme Bürgschaften	80		39.200					
79115.95810	Mängelbeseitigung ehem. Zellstoffwerk	80		112.000					

## 12. Fortschreibung HSK

### 12.1 Vorbemerkung

Der Stadtrat der Stadt Zwickau hat in seiner Sitzung am 24.02.2005 das Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Zwischenzeitlich sind ca. 1 ½ Jahre vergangen.

In diesem Zeitraum wurden Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vollständig oder teilweise umgesetzt bzw. ist die Umsetzung aus verschiedenen Gründen gescheitert.

Bei wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen sind ebenfalls Veränderungen wirksam geworden.

Die Fortschreibung des HSK ist daher unerlässlich.

### 12.2 Veränderungen der Ausgangssituation

#### Haushaltsjahr 2004

Im Haushaltsjahr 2004 ergab sich ein Fehlbetrag in Höhe von 9.107 TEUR.

Der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt hatte ein Volumen von 12.790 TEUR und konnte durch einen Überschuss im Vermögenshaushalt in Höhe von 3.682 TEUR auf vorgenannte 9.107 TEUR minimiert werden.

Der erst im Dezember 2004 vom Stadtrat beschlossene Haushaltsplan 2004 wies einen Fehlbetrag in Höhe von 13 Mio. EUR aus. Bei der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes war von einem Fehlbetrag 2004 in Höhe von 11 Mio. EUR ausgegangen worden.

Somit trat im Jahr 2004 tatsächlich eine Verbesserung gegenüber der Annahme im HSK in Höhe von 1,9 Mio. EUR ein.

Die Deckung des Fehlbetrages ist im Haushaltsjahr 2006 vorgesehen.

#### Haushaltsjahr 2005

Das dem Stadtrat im März 2006 vorgelegte vorläufige Rechnungsergebnis 2005 wies einen voraussichtlichen Fehlbetrag in Höhe von 10.658 TEUR aus. Dieser Fehlbetrag hat sich mit dem endgültigen Jahresabschluss auf 10.238 TEUR verringert.

Er setzt sich zusammen aus einem Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt in Höhe von 4.195 TEUR und im Vermögenshaushalt in Höhe von 6.043 TEUR.

Hauptursache für den Fehlbetrag im Vermögenshaushalt sind in 2005 noch nicht umgesetzte bzw. noch nicht kassenwirksam gewordene Einnahmen aus Vermögensveräußerungen.

Vom Fehlbetrag wurden 5.472 TEUR bereits im Haushalt 2006 zur Deckung veranschlagt.

Der restliche Fehlbetrag in Höhe von 4.766 TEUR belastet den Haushalt 2007.

Im Haushaltsjahr 2005 konnte somit der Verwaltungshaushalt wesentlich besser abgeschlossen werden, als ursprünglich erwartet. Ohne Beachtung des Fehlbetrages aus 2003 waren die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes sogar ausgeglichen (struktureller Ausgleich).

Erreicht werden konnte dieses positive Ergebnis aber nur durch die Umsetzung wesentlicher Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept, wie z. B. Einsparungen bei Personalkosten, Kürzung von Zuschüssen an städtische Beteiligungen, Ausgabenreduzierungen durch Schließung von Einrichtungen, Leistungsabbau und Verringerung von Zuschüssen und Erhöhung von Einnahmen.

Konsolidierungsziel lt. HSK	31,0 Mio. EUR
2005 umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen	11,7 Mio. EUR
Differenz:	19,3 Mio. EUR
<b>Tatsächlicher Fehlbetrag</b>	<b>10,2 Mio. EUR</b>
davon 2006 planmäßig gedeckt	5,5 Mio. EUR
<b>verbleibender 2007 zu deckender Fehlbetrag</b>	<b>4,8 Mio. EUR</b>
Verbesserung außerhalb des HSK	9,1 Mio. EUR

## Haushaltsjahr 2006

Der Haushaltsplan 2006 beinhaltet im Verwaltungshaushalt einen Fehlbetrag in Höhe von ca. 5 Mio. EUR. Mit den vierteljährlichen Finanzberichten per 31.03.2006, 30.06.2006 und 30.09.2006 wird eingeschätzt, dass sich der Fehlbetrag 2006 voraussichtlich im Laufe des Haushaltsjahrs weiter verringert.

Seitens der Kämmerei wird der Fehlbetrag 2006 im Verwaltungshaushalt auf ca. 2,0 Mio. EUR geschätzt.

Bei der Haushaltsplanung wurde auch ein Teil des Fehlbetrages des Jahres 2005 in Höhe von 5.472 TEUR berücksichtigt, indem die 2005 lt. HSK zu erbringenden Vermögensveräußerungen im Jahr 2006 nochmals neu veranschlagt wurden.

Konsolidierungsziel lt. HSK	34,0 Mio. EUR
2006 planmäßig umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen (zzgl. 5.472 TEUR aus 2005 – dienen der teilw. Deckung Fehlbetrag 2005)	22,5 Mio. EUR
Differenz:	11,5 Mio. EUR
<b>Voraussichtlicher Fehlbetrag</b> (Haushaltsplan 2006 5 Mio. EUR)	<b>0 Mio. EUR</b>
Verbesserung außerhalb des HSK	11,5 Mio. EUR

Die Verbesserungen in der Haushaltsplanung waren vor allem bei der Veranschlagung der Gewerbesteuer auf der Grundlage des Ergebnisses 2005, geringerer Personalausgaben und der Verringerung der Sozialumlage (ehem. LWV-Umlage) möglich.

## Haushaltsentwurf 2007

Der Haushaltsplan 2007 beinhaltet im Verwaltungshaushalt einen Fehlbetrag in Höhe von 10.881 TEUR. Nachfolgend werden der aktuellen Planung die Erwartungen aus dem HSK und der Finanzplanung 2006 gegenübergestellt.

	<b>Fehlbetrag lt. HSK im Jahr 2007</b>	<b>Finanzplanung Haushaltsplan 2006 für das Haushalt Jahr 2007</b>	<b>Haushaltsplan 2007</b>
Einnahmen ohne Zuführung vom VMH zum Ausgleich Fehlbetrag		174.469 TEUR	182.425 TEUR
Ausgaben		193.162 TEUR	193.303 TEUR
Fehlbetrag	30.000 TEUR	18.693 TEUR	10.881 TEUR

Der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt im Haushaltsplan 2007 kann durch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt ausgeglichen werden. Im Vermögenshaushalt wurden dazu die lt. Haushaltssicherungskonzept im Haushalt Jahr 2007 vorgesehenen Veräußerungen von Beteiligungsvermögen und Immobilien teilweise in Höhe von 16.159 TEUR veranschlagt, zzgl. der in 2005 und 2006 nicht erbrachten Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungsvermögen (14.920 TEUR) und Immobilien (184 TEUR) sowie aus nicht zur Deckung des Fehlbetrages 2006 benötigten Mitteln (973 TEUR). Die weiteren lt. HSK in 2007 vorgesehnen Vermögensveräußerungen wurden i. H. v. 9.310 TEUR in 2008 veranschlagt. Der Ausgleich 2007 wird aber nur dann möglich, wenn der vorgesehene Verkauf von ca. 3.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten der GGZ in entsprechender Höhe in 2007 erfolgt.

## Folgejahre 2008 – 2010

Der Finanzplan 2008 bis 2010 als Bestandteil des Haushaltplanes 2007 sieht Einnahmen und Ausgaben in folgender Höhe vor:

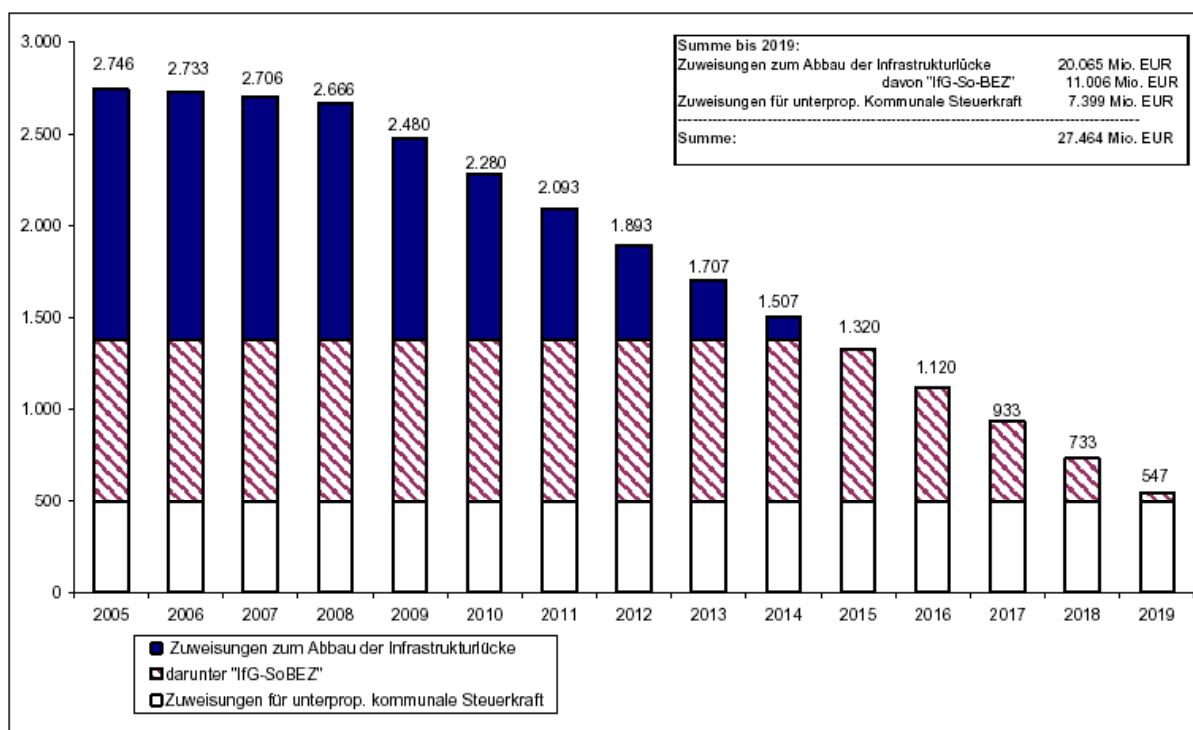
	2008 in TEUR	2009 in TEUR	2010 in TEUR
Einnahmen VWH ohne Zuf. vom VMH	182.962	189.027	187.326
Ausgaben	194.874	194.39	193.939
Fehlbetrag	11.912	5.352	6.613

Die Finanzplanung beinhaltet dabei folgende wesentliche Punkte:

Die Personalkosten wurden in voller Höhe veranschlagt (ohne Haustarif). Da die Stadt Zwickau weiterhin den Erhalt der Kreisfreiheit fordert, sieht die Finanzplanung die vollen Einnahmen und Ausgaben bei Erhalt der Kreisfreiheit vor.

Im Jahr 2008 entsteht im Verwaltungshaushalt ein Fehlbetrag in Höhe von 11.912 TEUR. Dieser kann bis auf einen Betrag von 2.602 TEUR durch die Zuführung vom Vermögenshaushalt aus Beteiligungsveräußerungen i. H. v. 9.310 TEUR ausgeglichen werden. Die lt. HSK vom Februar 2005 im Jahr 2007 vorgesehenen Beteiligungsveräußerungen wurden auf die Jahre 2007 und 2008 aufgesplittet. In den Jahren 2009 und 2010 kann entsprechend den Orientierungswerten für die Finanzplanung mit steigenden Einnahmen insbesondere auch bei den Schlüsselzuweisungen gerechnet werden, sodass der Verwaltungshaushalt eine Verbesserung gegenüber der Finanzplanung für die Jahre 2007 und 2008 ausweist. Die Einnahmen in 2009 enthalten aber auch eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 1.540 TEUR aus Vermögensveräußerungen (1.000 TEUR) bzw. Einsparungen im Vermögenshaushalt (Wegfall Zuschuss SRZ 540 TEUR). In 2009 und 2010 kann lt. Orientierungswerten zur Finanzplanung mit erhöhten Schlüsselzuweisungen gerechnet werden. Da diese Jahre nicht mehr durch Abrechnungsbeiträge aus Vorjahren, die negativ auf die Schlüsselmassen wirken, belastet werden. Diese positive Entwicklung wird sich über das Jahr 2010 hinaus infolge Auslaufens des Solidarpaktes nicht weiter fortsetzen.

Die Auswirkungen des Auslaufens des Solidarpaktes sind in der nachfolgenden Grafik dargestellt. Die jährliche Reduzierung der Landeseinnahmen wird sich im FAG und damit vor allem auch bei den Schlüsselzuweisungen negativ auswirken.



Sonderbedarfszuweisungen (Solidarpakt-Mittel) zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten für Sachsen 2005 – 2019

### 12.3 Konsolidierungsziel

In den Haushaltsjahren 2005 bis 2010 ergibt sich damit folgendes verändertes Konsolidierungsziel:

	<b>Konsolidierungsziel lt. HSK vom 24.02.2005</b>	<b>Konsolidierungsziel neu</b>
Haushaltsjahr 2005	31,0 Mio. EUR	4,8 Mio. EUR
Haushaltsjahr 2006 (VWH)	34,0 Mio. EUR	0 Mio. EUR
Haushaltsjahr 2007	30,0 Mio. EUR	10,9 Mio. EUR
Haushaltsjahr 2008	35,5 Mio. EUR	11,9 Mio. EUR
Haushaltsjahr 2009	36,5 Mio. EUR	5,3 Mio. EUR
Haushaltsjahr 2010	0	6,6 Mio. EUR
	<b>170,0 Mio. EUR</b>	<b>39,5 Mio. EUR</b>
noch nicht realisierte und 2007 neu veranschlagte Vermögensveräußerungen		<b>15,1 Mio. EUR</b>
Gesamt:		<b>54,6 Mio. EUR</b>

Der Fehlbetrag 2005 i. H. v. 4,8 Mio. EUR, welcher noch nicht zur Deckung in 2006 vorgesehen war, und die in 2006 nicht zu erbringenden Einnahmen aus Vermögensveräußerungen wurden 2007 i. H. v. 15,1 Mio. EUR veranschlagt. Zuzüglich der zu erwartenden und in der Finanzplanung enthaltenen Fehlbeträge 2006 – 2010 ergibt sich ein Finanzierungsdefizit von 54,6 Mio. EUR.

### 12.4 Konsolidierungspotenzial

Das Haushaltssicherungskonzept vom Februar 2005 weist folgendes Konsolidierungspotenzial aus:

	in TEUR				
	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Reduzierung Ausgaben VWH	5.455	8.022	9.814	37.925	38.066
Mehreinnahmen VWH	4.174	4.855	4.895	4.915	5.015
Mehreinnahmen VMH	8.500	11.500	26.000	0	1.000
gesamt	18.129	24.377	40.709	42.840	44.081

Konsolidierungspotenzial gesamt 2005 bis 2009: **170.136 TEUR**

Bereits umgesetzt bzw. in der Finanzplanung berücksichtigtes Konsolidierungspotential:

Im Haushaltsjahr 2005 wurden

Konsolidierungsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt in Höhe von 8.602 TEUR  
und im Vermögenshaushalt in Höhe von 3.054 TEUR

tatsächlich umgesetzt.

In 2005 geplante aber noch nicht realisierte Vermögensveräußerungen von 5.472 TEUR

wurden im Haushaltsplan 2006 erneut veranschlagt.

Des Weiteren werden im Haushaltsplan 2006

Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 20.378 TEUR  
wirksam. Das in 2006 geplante Konsolidierungspotenzial wurde auch in den Folgejahren berücksichtigt. Eingerechnet in die Finanzplanung wurden auch weitere in 2007 bis 2009 im

bisherigen HSK vorgesehene Konsolidierungsmaßnahmen. Die Personalkosten wurden in den jeweiligen Jahren in tatsächlich zu erwartender Höhe berücksichtigt.

Laut Haushaltssicherungskonzept sind Vermögensveräußerungen noch i. H. v. 41,1 Mio. EUR zu erbringen, die sich wie folgt zusammensetzen:

2005/2006	
nicht erbrachte Einnahmen	
aus Vermögensveräußerungen	15,1 Mio. EUR
im Haushaltsplan 2007 vorgesehene	
Vermögensveräußerungen	15,7 Mio. EUR
im Haushaltsjahr 2008 vorgesehene	
Vermögensveräußerungen	<u>9,3 Mio. EUR</u>
	41,1 Mio. EUR
	=====

Diese sind für die Deckung von Fehlbeträgen vorgesehen.

## 12.5 Weiteres Konsolidierungspotenzial

Das in der nachfolgenden Übersicht ausgewiesene Konsolidierungspotenzial berücksichtigt die Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses vom 24.01.2007 und die dazu vom Stadtrat am 25.01.2007 beschlossenen Änderungen. Die Verschlechterung der Einnahmen infolge der Senkung der Hebesätze, kostenfreies Vorschuljahr und kostenfreie Schülerbeförderung wurden in die Finanzplanung eingerechnet.

	2008 in TEUR	2009 in TEUR
Allgemeine Schlüsselzuweisungen lt. Mitteilung SSG vom 29.11.06	1.800	
Umsetzung des WIBERA-Gutachtens	3.000	4.000
Veräußerung weiterer Vermögensanteile entsprechend Beschluss zum HSK vom 24.02.2005 (SVZ 5 Mio. €, Immobilien 2 Mio. €) sowie entspr. Punkt 5.2. (Schwerpunkt: Verkauf von enviaM – Aktien)	9.310	2.000
<b>Summe</b>	<b>14.110</b>	<b>6.000</b>

Zur Sicherung der Investitionstätigkeit sowie zur weiteren Stärkung und Stabilisierung der Finanzen der Stadt Zwickau sind sämtliche Beteiligungen mit dem Ziel der Veräußerung auf den Prüfstand zu stellen, wie z. B.

- von der Stadtwerke Zwickau Holding GmbH (SWZ) gehaltene enviaM-Aktien – Verkauf von Aktien im Wert von zu beachten ist der Beschluss des Stadtrates – DS-Nr. 084/06 vom 01.06.2006, wonach im Zusammenhang mit der zu Gunsten der Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH übernommenen Bürgschaft Aktien im Wert von 4,5 Mio. EUR nicht verkauft werden

dürfen bzw. aus einem Verkauf 4,5 Mio. EUR für den Fall der Bürgschaftsinanspruchnahme zur Verfügung gestellt werden müssen

- von der Stadtwerke Zwickau Holding GmbH (SWZ) gehaltener Gesellschaftsanteil an der Zwickauer Energieversorgung GmbH – Verkauf eines Anteils im Wert von 10 Mio. EUR
- Kommanditanteil an der ILKA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG die Beteiligung der Stadt Zwickau erfolgte aus steuerlichen Gründen; zur Vermeidung der Zahlung von Grunderwerbsteuer auf das der ILKA eingeräumte Erbbaurecht muss eine Beteiligung der Stadt Zwickau aufrecht erhalten werden 25,6 TEUR (Nennwert)
- von der Stadtwerke Zwickau Holding GmbH (SWZ) gehaltene Anteile an der ZUG Zwickauer Umweltdienste Verwaltung GmbH und an der ZUG Zwickauer Umweltdienste GmbH & Co. KG Ermächtigung des Geschäftsführers der SWZ zur Veräußerung der Anteile (Stadtratsbeschluss vom 28.11.02 – DS-Nr. 145/02) 280 TEUR (Nennwerte)

## 12.6 Zusammenfassung

Unter Einrechnung der unter Punkt 5.1 genannten Verbesserungen ergeben sich noch folgende Fehlbeträge:

	<b>Verbleibender Fehlbetrag unter Einrechnung vorstehenden Konsolidierungspotenzials in TEUR</b>
2007	10.881*
2008	- 2.210
2009	- 700

\* Durch Zuführung vom Vermögenshaushalt ausgeglichen

Nachdem im Haushaltsjahr 2005 im Verwaltungshaushalt ein struktureller Ausgleich möglich war und auch in 2006 mit einem ausgeglichenen Verwaltungshaushalt gerechnet werden kann, verschlechtert sich die Finanzlage in den Jahren 2007 und 2008 wieder enorm. Hauptursache dafür sind in diesen beiden Jahren die zurückgehenden Schlüsselzuweisungen (ca. 5 Mio. EUR). In den Jahren 2009 sind wieder steigende Schlüsselzuweisungen entsprechend der Orientierungswerte für die Finanzplanung zu erwarten. Infolge des Auslaufens des Solidarpaktes wird aber danach wieder mit einem jährlichen Rückgang der Schlüsselzuweisungen gerechnet. Das heißt, dass auch über das Jahr 2010 hinaus noch weitergehende Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltshaushalt zwingend erforderlich sind.

Unter Einrechnung der neu vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen (Punkt 5.1) und des noch vorhandenen Konsolidierungspotenzials abzüglich des noch nicht gedeckten Fehlbetrages 2005 und des voraussichtlichen Fehlbetrages 2006 können die noch vorhandenen Fehlbeträge in den Jahren 2008 bis 2009 unter der Voraussetzung des Verkaufs von ca. 3.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten der GGZ bzw. von unter Punkt 5.2 genannten Beteiligungen mittels einer Zuführung vom Vermögenshaushalt ausgeglichen werden.

Da im Verwaltungshaushalt immer noch Fehlbeträge in den Folgejahren vorhanden sind, müssen die bisherigen Konsolidierungsbemühungen in jedem Fall weiter fortgesetzt und im Hinblick auf das Auslaufen des Solidarpaktes II weiter intensiviert werden.

### 13. Finanzielle Auswirkungen der Verwaltungs-/Funktional-/Kreisreform

Die in der nachstehenden Übersicht zusammengefassten Einnahmen und Ausgaben basieren auf den Zuarbeiten der Fachämter sowie des Personal- und Hauptamtes. Wegen der Aufgabenausgliederung im Einzelnen wird auf Anlage 7 verwiesen.

Ämter mit Kreisaufgaben	E i n n a h m e n EUR	Sachkosten EUR	A u s g a b e n Personalausg. EUR	S u m m e A u s g a b e n EUR
Liegenschaftsamt	20.000	7.000	38.906	45.906
Rechtsamt	1.018.100	61.000	253.604	314.604
Ordnungsamt	1.024.500	145.935	860.620	1.006.555
Standesamt	20.300	28.990	396.328	425.318
Umweltamt	88.200	86.340	572.400	658.740
Abfallwirtschaft lt. Plan 2007 aufgrund Kostenunterdeckung nur:	4.178.300 (2.817.300)	3.474.460 (3.494.160)	703.840	0
Katastrophenschutz	270	9.360	43.229	52.589
Stadtmedienstelle	15.200	0	0	0
Schülerbeförderung	0	1.067.000	27.309	1.094.309
Berufsschulen	26.370	1.092.180	425.393	1.517.573
Berufliche Förderschule	10.520	187.680	65.618	253.298
Schulverwaltung	0	850	0	890
Jugend- und Soziales	26.190.560	59.797.200	4.326.730	64.123.930
ARGE Verfügung StA 11	1.850.000	768.000	1.280.529	2.048.529
Lebensmittelüberwachg., Veterinärwesen	29.600	25.700	418.205	443.905
Gesundheitsamt	367.590	503.250	1.236.211	1.739.461
Gutachterausschuss	9.030	8.540	95.492	104.032
Jagdwesen	4.200	1.920	25.833	27.753
<b>Zwischensumme</b>	<b>34.852.740</b>	<b>67.265.405</b>	<b>10.770.247</b>	<b>73.857.392</b>
<hr/>				
<b>Querschnittsämter</b>				
Personalamt	4.070	111.860	381.600	493.460
Rechnungsprüfungsamt	0	500	63.600	64100
Kämmerei	0	900	63.600	64.500
Stadtkasse	100.000	-9.700	275.600	265.900
Querschnittsaufg. Fachämte	0	0	841.418	841.418
<b>Gesamtsummen:</b>	<b>34.956.810</b>	<b>67.368.965</b>	<b>12.396.065</b>	<b>79.765.030</b>

Weitere finanzielle Auswirkungen entstehen bei den FAG-Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen, übertragener Wirkungskreis), beim ÖPNV, Kreisumlage u.a. - siehe Anlage 7.